

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Ampelkoalition in Schwierigkeiten Eine Halbzeitbilanz der Wahlperiode



Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA waren im Januar dieses Jahres 76 Prozent, also etwas mehr als drei Viertel aller Befragten, mit der Ampelkoalition bzw. ihrer Politik unzufrieden (*welt.de* vom 17. Januar 2024). Damit wurden die Leistungen der Bundesregierung nach etwas mehr als der Hälfte der Legislaturperiode denkbar schlecht bewertet. Die Unzufriedenheit ist allenthalben zu spüren. Sie wurde durch die Demonstrationen der Bauern deutlich sichtbar. Aber sie betrifft bei weitem nicht nur die Bauern. Bezeichnenderweise schneidet die Koalition bzw. die sie bildenden Parteien schon seit Monaten in der sogenannten Sonntagsfrage wesentlich schlechter ab als bei der Bundestagswahl vor zwei Jahren.

Etliche damalige Wähler sind offensichtlich von der Politik der Ampel enttäuscht und erklären sich in den Umfragen für andere Parteien. Der Hauptprofiteur war bisher die AfD. Sie erreichte bundesweit Zustimmungsraten von bis zu 23 Prozent.

Die Wählerbasis

Bei der Suche nach einer Erklärung ist es sinnvoll, zuerst einmal das Wahlergebnis von 2021 im Lichte der längerfristigen Entwicklung des
Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Die Ampelkoalition in Schwierigkeiten	1
Die Massendemonstrationen in Deutschland zur Rettung der Demokratie	11
Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime	15
Chile – Das Ende des Verfassungsprojektes	19
Jeder Tag, den Kuba übersteht, ist ein Sieg	22
Robert Siewert. Eine Biographie	27
Gerd Callesen (1940–2023)	29

In eigener Sache

Der Krieg in der Ukraine geht ins dritte Jahr und er hat nichts an Heftigkeit verloren; im Gegenteil: Die angespannte Lage verschärft sich weiter und es wird zusätzlich Öl ins Feuer gegossen. Mit der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern soll der Krieg nach Russland hineingetragen werden. Der Druck auf Scholz nimmt von Seiten der Union, der FDP, der Grünen und sogar von „seiner“ SPD zu. Der französische Präsident Macron bringt in einer nächtlichen Pressekonferenz sogar schon den Einsatz von Bodentruppen ins Spiel. Putins Reaktion darauf, in so einem Fall Atomwaffen einzusetzen, ließ nicht lange auf sich warten. In der deutschen Berichterstattung wurde das auf die Aussage „Putin droht mit Atomwaffen“ verkürzt.

Das massenhafte Hungern und Sterben im Gazastreifen setzt sich ununterbrochen fort. Die deutsche Außenpolitik hat, außer herzerreißenden Appellen wegen der Lage der palästinensischen Zivilisten und Geld und Waffen für die israelische Regierung, nichts zu bieten. Den Rest erledigt die deutsche „Verteidigungspolitik“. Die Fregatte Hessen bekämpft im Verbund mit anderen Koalitionären das jemenitische Störfeuer im Roten Meer. Der „gefährlichste Einsatz“ in der Geschichte der Bundeswehr soll nach Angaben von Pistorius ein Zeichen der Verantwortung Deutschlands für die Freiheit der Meere setzen. Es braucht keine Fantasie, sich vorzustellen, dass diese „Gefährlichkeit“ demnächst weiter und weiter gesteigert wird.

Das ist Teil der Kampagne, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen, die uns von fast allen Medien und ihren Macher:innen permanent um die Ohren gehauen wird. Von der deutschen Bevölkerung wird das bislang stoisch hinge-

nommen. Es bleibt abzuwarten, ob die Ostermärsche ein aktives Zeichen dagegensetzen können.

Die Innenpolitik wird immer mehr zum Anhängsel der außenpolitischen Ambitionen, mit „Europa“ im Schlepptau „unsere Werte“ und „die regelbasierte internationale Ordnung“ weltweit, als ein Kronprinz der USA, durchzusetzen. Das kostet Geld, sehr viel Geld. Absehbar ist, dass die Einsparungen im Haushalt wegen der ständig wachsenden Kriegskosten zu schwerwiegenden sozialen Verwerfungen führen werden. Da auch eine konjunkturelle Erholung für Deutschland nicht in Sicht ist, wird man sich nicht der Illusion hingeben können, dass steigende Steuereinnahmen den finanziellen Spielraum erweitern. Die angestrebte Weltgeltung ist nicht aus der Portokasse zu bezahlen. Millionen von Menschen, deren Lebensverhältnisse immer prekärer werden und die deshalb auf die Sozialpolitik der Regierungen angewiesen sind, werden in Deutschland darunter leiden.

Nun zum Inhalt der vorliegenden Ausgabe: Unser Leitartikel geht den Schwierigkeiten, in denen die Ampelkoalition zur Hälfte der Wahlperiode steckt, auf den Grund und fragt nach den möglichen Konsequenzen. Auf die Massendemonstrationen zur „Rettung der Demokratie“ geht ein weiterer Artikel ein.

Ihre Wirksamkeit und innenpolitische Bedeutung werden kritisch befragt.

Ein befreundeter Genosse führt die in der letzten Nummer angestoßene Diskussion um das BSW fort. Ein Artikel von Jürgen Wagner, Nachdruck aus der IMI, macht deutlich, welche materiellen Konsequenzen und welche militärischen Folgen mit der eingeforderten „Kriegstüchtig-

keit“ in Deutschland verbunden sein werden. Ein Genosse und Autor, eng vertraut mit der südamerikanischen Gegenwart, beschäftigt sich mit dem Scheitern des aktuellen Verfassungsprojekts in Chile.

Harald Jentsch hat sich in seinem neuen Buch mit dem Leben und Wirken von Robert Siewert auseinandergesetzt. Ein uns sehr nahestehender Genosse hat es rezensiert. Im Alter von 83 Jahren ist Gerd Callesen verstorben. Zu seiner Würdigung drucken wir einen Nachruf aus der Arbeiterpolitik nach.

Das Sommerseminar der Gruppe findet am 01./02. Juni in München statt. Die voraussichtlichen Themenbereiche umfassen den Krieg in der Ukraine und – auch – seine Konsequenzen für die inneren Verhältnisse in Deutschland sowie die Lage in Israel und Palästina und ihre Folgen.

Die finanzielle Lage der Gruppe ist prekär. Wir legen dieser Ausgabe wieder ein Überweisungsformular bei und bitten unsere Leserinnen und Leser um großzügige Unterstützung für unsere Arbeit.

Auf unserer letztjährigen Jahreskonferenz sammelten wir wieder Spenden für Kuba, die wir der Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba zukommen ließen. Die Genoss*innen schreiben uns, dass die Spende an Projekte wie:

- Hurrikanhilfe
- Gesundheitsprojekte für Menschen mit Behinderung
- Gesellschaft für motorisch Behinderte ACLIFIM
- Krankenhaus Miguel Enriquez, überwiesen wurden.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

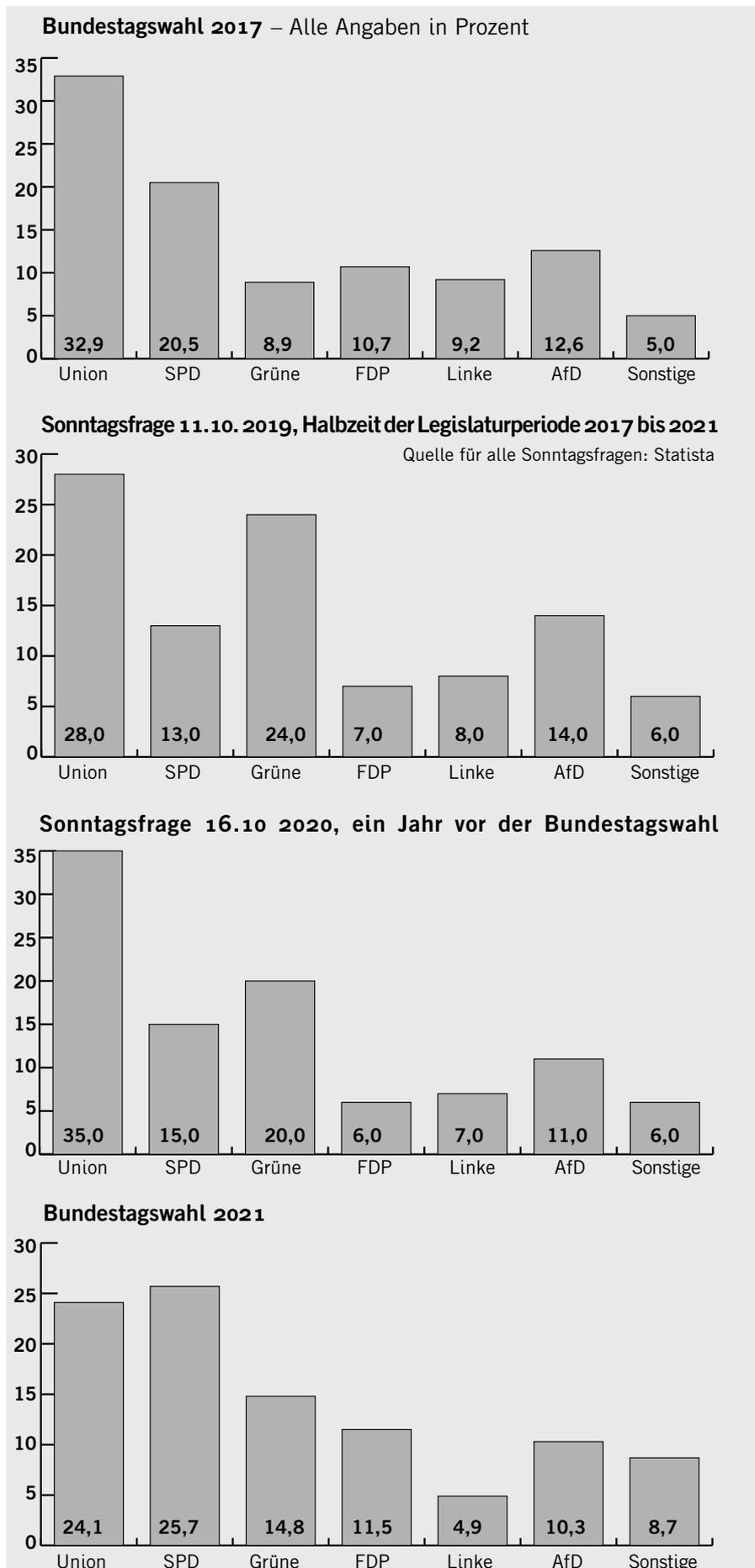
Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

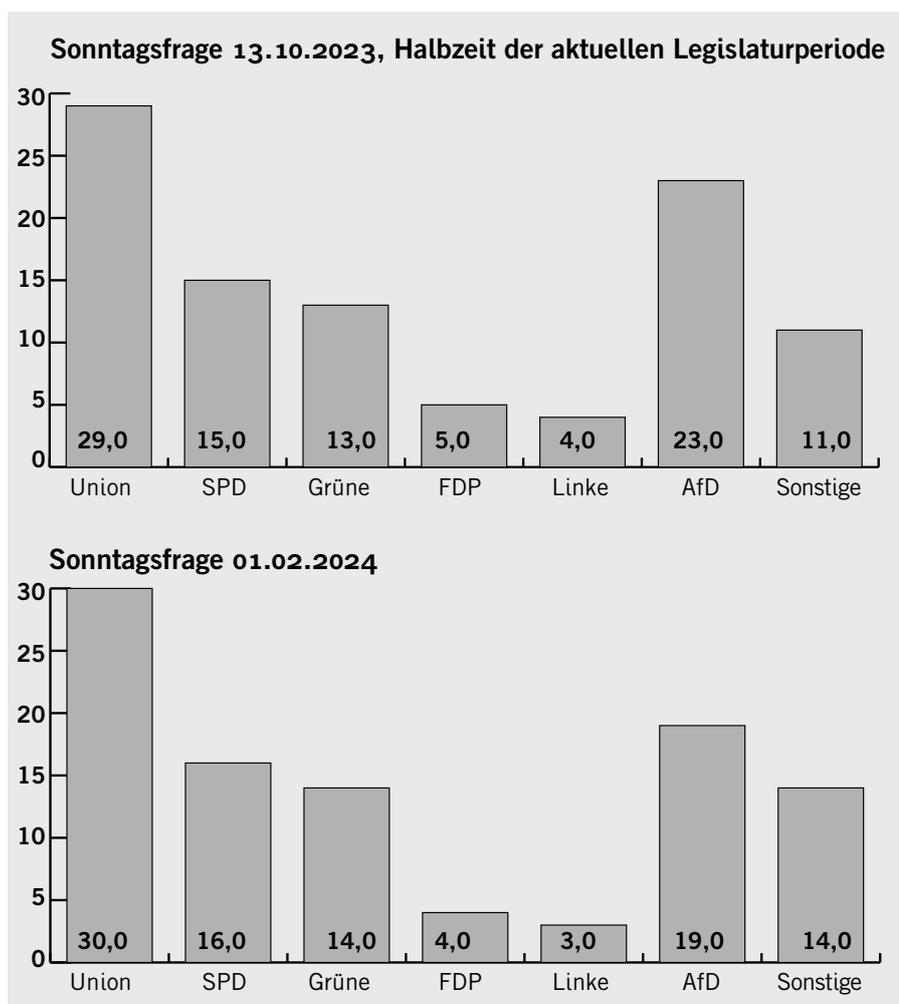
Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Wählerzuspruchs zu den einzelnen Parteien zu betrachten. Deshalb zur Erinnerung einige Zahlen:



Aus den Zahlen ist zu erkennen, die CDU/CSU hat bei den letzten Wahlen, im Vergleich zu ihren Werten vorher und auch nachher, ein ausgesprochen schlechtes Ergebnis erzielt. Profitiert vom Einbruch der Union haben die FDP und die SPD mit ihrem Kandidaten Olaf Scholz. Als wahrscheinlicher Hauptgrund für das schlechte Abschneiden der Union ist anzunehmen, dass ihr Kanzlerkandidat Armin Laschet bei den Wählern nicht punkten konnte. Die Wahlentscheidung etlicher Wähler erfolgte damit, so muss man annehmen, aufgrund oberflächlicher Eindrücke von der Person des Spitzenkandidaten. Eine grundsätzliche Abwendung vom konservativen Politikangebot der CDU/CSU dürfte dagegen kaum damit verbunden gewesen sein. Genauso darf das vergleichsweise gute Ergebnis für die SPD nicht als eine stabile Wählerbasis in dieser Größe gedeutet werden. Die 25,7 % sind in gewisser Weise eine Momentaufnahme und bedeuten nicht, dass alle diese Wähler für eine konsequente Unterstützung der sozialdemokratischen Politik stehen.

Generell ist schon seit längerer Zeit der Trend einer abnehmenden Bindung der Wähler an bestimmte Parteien zu erkennen. Ein erheblicher Anteil der Wähler (es könnten bis zu 15% sein) gibt seine Stimme von Wahl zu Wahl unterschiedlichen Parteien. Die Folgen sind viel größere Schwankungen bei den Wahlergebnissen als in früheren Zeiten. Die Gruppe der Wechselwähler, wenn man sie so bezeichnen will, ist natürlich nicht einheitlich. Manche sind vermutlich wirklich frei flottierend zwischen (fast) allen Parteien, manche wechseln nur zwischen bestimmten Parteien wie etwa zwischen der CDU und der FDP oder zwischen der SPD und den Grünen. Auch Motive und Art der Entscheidungsfindung können sehr unterschiedlich sein. Vom bewussten taktischen Wählen, etwa um eine Partei über die 5 Prozent-Hürde zu hieven und damit eine bestimmte Koalition zu ermöglichen, bis hin zu fast apolitischen Kriterien wie momentanen Stimmungen oder Sympathie bzw. Antipathie für einzelne Personen kommt vermutlich alles vor. Häufig dürften aber kurzfristige Einschätzungen und eher oberflächliche Kriterien im Vorder-



grund stehen, gründliche politische Analysen dagegen seltener sein. Kurzfristige und auf Stimmungen beruhende Einschätzungen können sich naturgemäß relativ schnell wieder ändern. Deswegen ist für die jeweiligen Wahlsieger der gestiegene Zuspruch keine sichere Sache. Bei der nächsten Wahl oder auch nur bei der nächsten Umfrage kann alles schon wieder zerronnen sein. Eine klare parlamentarische Mehrheit für ein Parteienbündnis bei Wahlen bedeutet deshalb nicht zwingend eine stabile Unterstützung in der Bevölkerung für die Politik dieser Koalition in den folgenden Jahren. Das kann sogar dann der Fall sein, wenn sich die Politik im wesentlichen in den Bahnen des vorher Angekündigten bewegt.

Die grundlegenden Rahmenbedingungen

Die Politik einer jeglichen Regierung kann nur innerhalb des von den gesellschaftlichen Verhältnissen vorgegebenen Rahmens erfolgen. Es stellt sich also die Frage nach dem Zustand des Kapitalismus oder, ge-

nauer, dem eines hochentwickelten kapitalistischen Landes wie der Bundesrepublik. Um es ganz kurz zusammenzufassen, die Lage war und ist nicht ausgesprochen schlecht. Aber sie ist kompliziert, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet von mehreren Problemen und Krisen, die sich zum Teil schon seit Jahrzehnten hinziehen, ohne einer grundsätzlichen Lösung zugeführt werden zu können. Manche Autoren sprechen von einer multiplen Krise, mit der sich die kapitalistischen Länder in der Gegenwart auseinandersetzen müssen. Drei wichtige Teilbereiche dieser multiplen Krise sollen kurz umrissen werden.

Einmal ist die im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts nur noch schleppende Kapitalakkumulation zu nennen. In den offiziellen Statistiken wird das in der geringen jährlichen Steigerung des BIP sichtbar. Die Wachstumsschwäche ist bereits seit Ende der 70er Jahre zu beobachten. Ein Auf und Ab der Konjunktur, Aufschwünge und Rezessionen gibt es zwar weiterhin, aber

auch während der Aufschwünge erreicht das Wirtschaftswachstum nur vergleichsweise niedrige Werte. Die Wachstumsschwäche ist insbesondere in den kapitalistischen Zentren zu beobachten. Weder keynesianische Rezepte noch diverse neoliberale „Reformen“ konnten die Wachstumsschwäche bisher grundsätzlich beheben. Für den Kapitalismus ist aber die Kapitalakkumulation zentral, ein Stocken derselben bedeutet Stagnation und Krise. Deshalb sieht sich jede Regierung grundsätzlich aufgefordert, für ein kräftiges Wirtschaftswachstum zu sorgen und dabei alle Hemmnisse, echte oder vermeintliche, aus dem Weg zu räumen.

Weiter zu nennen wäre die ökologische Krise und insbesondere die Klimakrise. Die Folgen des Raubbaus an der Natur, die im Kapitalismus als kostenlose Ressource betrachtet wird, werden immer offensichtlicher. Sei es nun durch die Zerstörung natürlicher Lebensräume, die Verschmutzung von Gewässern, das Artensterben, die weltweite Vermüllung mit Plastikabfällen und ähnliches mehr. Am dringlichsten ist zur Zeit die voranschreitende Erderwärmung, verursacht durch die seit der Industrialisierung in immer größeren Mengen freigesetzten Treibhausgase, vor allem dem Kohlendioxid (CO₂). Die Prognosen der Klimaforschung besagen, dass die Erderwärmung, wenn sie nicht in absehbarer Zeit gestoppt wird, sehr gravierende Folgen haben wird. So gravierend, dass damit die Stabilität der kapitalistischen Gesellschaften gefährdet wird, auch die der reichen und hegemonialen im globalen Norden. Es läge damit durchaus im kapitalistischen Eigeninteresse, etwas dagegen zu unternehmen. Das wird ja auch versucht, wenn man auf das Pariser Abkommen, die Weltklimakonferenzen (COP), das Proklamieren von Klimazielen (CO₂-Ausstoß netto null bis zu einem festgelegten Stichtag) und ähnliche Aktivitäten blickt. Aber die Praxis der Umsetzung gestaltet sich zäh und schwierig. Denn unter kapitalistischen Bedingungen gilt es einerseits die Klimatransformation anzustreben, aber andererseits auch, mit mindestens gleich hoher Priorität, eine reibungslos prosperierende kapitalistische Wirtschaft zu fördern. Bei der Verfolgung dieser zwei Ziele verwickeln

sich die Regierungen ständig in Widersprüche. Bedeuten doch, zumindest beim heutigen Stand der Technik, Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes häufig höhere Kosten als ein Wirtschaften ohne Reduzierung. Das Ziel Klimaneutralität kann deshalb als Wachstumsbremse wahrgenommen und entsprechend bekämpft werden.

viele Firmen und Großkonzerne stark in China engagiert sind, könnte ein De-Risking schnell ein gesamtwirtschaftliches Problem werden.

Soweit eine grobe Skizze der Rahmenbedingungen. Es könnten noch andere Krisenerscheinungen genannt werden, z. B. die Corona-Pandemie oder die Inflation. Deren Folgen bzw. Ursachen stehen aber oft im Zusam-

getraut wurde, auf dem Gebiet der Klimapolitik wesentliche Fortschritte erzielen zu können. Denn bei der Klimapolitik handelt es sich um ein, besser: das Kernanliegen der Grünen. SPD und FDP unterstützen ebenfalls dieses Ziel (zumindest verbal nach außen). Wäre man auf diesem Feld erfolgreich, hätte man zumindest in einem wichtigen Teilbereich die Gesellschaft vorangebracht. Mit der Beteiligung der SPD haben vielleicht manche gehofft, dass dieses und andere Themen ohne allzu große soziale Schiefelage angepackt werden können.

Der Ukraine-Krieg bzw. die politische Reaktion darauf verändert vieles

Die Koalitionsverhandlungen waren schwierig und dauerten relativ lange. Die Vereidigung des Bundeskanzler erfolgte am 8. Dezember 2021. Somit war die Ampelkoalition erst knappe drei Monate im Amt, bis durch den Angriff Russlands auf die Ukraine wichtige Teile ihrer Geschäftsgrundlage zusammenbrachen.

In diesem Artikel geht es nicht um eine Einschätzung des Ukraine-Krieges, auch nicht um die Analyse der darauf folgenden „Zeitenwende“ bei der Rüstungspolitik. Aber es muss klar sein und wird deshalb extra betont: Die unten genannten Folgen des Krieges sind keineswegs automatisch eintretende Folgen, sie sind ebenso Folgen von politischen Entscheidungen der Bundesregierung (und der anderen Regierungen des „Westens“). Das heißt, man will in Zukunft mehr Geld (mindestens 2 % des BIP) für Rüstung ausgeben und Deutschland damit wieder kriegsfähig machen. Man will die Ukraine militärisch und wirtschaftlich unterstützen. Alles Ziele, die erhebliche finanzielle Mittel binden. Man will möglichst kein Gas und auch kein Erdöl mehr aus Russland importieren. Die verhängten wirtschaftlichen Sanktionen sollen Russland schaden, damit nimmt man bewusst in Kauf, gleichzeitig auch deutschen Exporteuren zu schaden.

Alle diese fundamentalen Entscheidungen wurden in einer Art ganz großer Koalition getroffen. Auch die CDU/CSU trägt diese Politik im Prinzip mit und ermöglichte durch ihre Zustimmung die Grundgesetz-



Chinas Großer Sprung nach vorn; Plakat von Ende 1950er Jahre

Als dritte und vergleichsweise neue Problemlage, von der aber Deutschland im besonderen Ausmaß betroffen ist, sind die wirtschaftlichen und geopolitischen Verschiebungen zu nennen, die der Aufstieg Chinas mit sich bringt und noch bringen wird (siehe dazu ARSTINr. 221 „China, Feind und Partner im Wettbewerb. Alles klar?“ und Nr. 219 „Zeitenwende auch für die Wirtschaft“). Das bedeutet einmal eine verstärkte Konkurrenz durch chinesische Produkte am Weltmarkt, z. B. bei Elektroautos, aber nicht nur dort. Noch brisanter ist, dass wegen der zunehmenden Konfrontation der Blöcke immer stärker Forderungen laut werden, die eine wie auch immer im einzelnen umzusetzende Abkoppelung (bzw. De-Risking) von China verlangen. Da

menhang mit den drei oben genannten Punkten.

Der ursprüngliche Anspruch der Ampelkoalition

Vor den Hintergrund dieser nicht einfachen Konstellationen bildeten SPD, Grüne und FDP Ende 2021 die Regierung und erhoben den Anspruch, eine Zukunftscoalition zu sein. Ein Begriff wie Zukunftscoalition ist natürlich immer zuerst einmal Werbespruch und Propaganda. Wenn manche, seien es Wähler oder Kommentatoren in den Medien, von der Ampel vielleicht doch wichtige Weichenstellungen für die Zukunft erhofften, liegt es vermutlich daran, dass dieser Koalition mehr als anderen möglichen Konstellationen zu-

änderung zur Bereitstellung des 100 Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr. Sie fordert sogar ein noch härteres Vorgehen, also mehr Waffen an die Ukraine, mehr Geld für die Bundeswehr etc.

Die neue Militärpolitik wird (noch) zum großen Teil von der Bevölkerung mitgetragen. Die Medien unterstützen den Kurs weitgehend, viele propagieren ihn aktiv und fordern, ähnlich wie die Unionsparteien, noch weitergehende Maßnahmen.

Es gibt zwar durchaus Kräfte in der Gesellschaft, die diese Politik ablehnen oder ihr zumindest sehr skeptisch gegenüberstehen. Aber bisher konnten diese Kräfte noch keine größere politische Wirksamkeit entfalten, vielleicht auch deswegen, weil sie politisch sehr heterogen sind und sich mit ihren politischen Forderungen und den Begründungen dafür erheblich unterscheiden. Die aktuellen Akzeptanzprobleme der Koalition erklären sich deshalb weniger aus den oben genannten politischen Entscheidungen als solchen. Das Problem der Regierung sind vielmehr

die direkten und indirekten Folgen dieser Entscheidungen. Denn diese erschweren und verkomplizieren das Handeln der Regierung in allen Politikbereichen.

Denn erstens bedeutet die „Zeitenwende“ eine massive Einengung des finanziellen Spielraums des Staates. Das setzt alle Vorhaben außerhalb von Krieg und Rüstung einem noch weiter verstärkten Sparzwang aus.

Zweitens war es für die Strategie der Energiewende zentral, preisgünstiges Pipelinegas aus Russland als Brückentechnologie zu verwenden. Diese Strategie ist jetzt obsolet. Das russische Gas muss durch Flüssiggas (LNG) ersetzt werden, das viel mehr kostet und obendrein durch eine schlechtere ökologische Bilanz gekennzeichnet ist. Von den Kosten für die im Eilverfahren gebauten Terminals zum Anlanden des LNG ganz zu schweigen. Zum großen Teil handelt es sich beim importierten LNG um durch Fracking gewonnenes Gas aus den USA. Auch Kraftwerke, die Braun- und Steinkohle verfeuern, was sehr viel CO₂ freisetzt, dürften signifikant häufiger und länger laufen als ursprünglich geplant. Das bedeutet einen Rückschritt in der Klimapolitik, bei der Energieversorgung wird wieder mehr CO₂ freigesetzt. Außerdem steigen die Kosten erheblich und das vermutlich dauerhaft. Auch wenn die Preisspitzen für Energieträger, wie sie im Sommer/Herbst 2022 auftraten, nur vorübergehend waren, die Preise sind nicht auf das Niveau von vor dem Ukrainekrieg zurückgegangen und werden das vermutlich auch längerfristig nicht tun. Das bedeutet erhebliche finanzielle Belastungen für die privaten Haushalte (Heizen und Strom) wie auch für Industrie und Gewerbe. Insbesondere energieintensive Branchen, etwa die Chemie, sind davon betroffen und verzeichnen dementsprechend Produktionseinbrüche.

Die Preiserhöhungen bei den Energieträgern waren ein Antreiber der Inflation neben weiteren Veränderungen in der Weltwirtschaft (siehe ARSTI. Nr. 218 „Die Rückkehr der Inflation“), die 2022 einen erheblichen Inflationsanstieg bewirkten. Die Folge davon waren Kaufkraftverluste bei weiten Teilen der Bevölkerung. Um die Inflation zu bekämpfen, erhöhte die EZB die Leitzinsen in mehreren

Schritten. Die Zinserhöhungen blieben natürlich nicht ohne Auswirkungen. Ganz allgemein werden durch hohe Zinsen die Investitionen ausgebremst. Am schnellsten zeigte sich das bei der Bauwirtschaft. Viele Neubauvorhaben wurden wegen Finanzierungsproblemen auf Eis gelegt. Das Bauvolumen ging stark zurück, insbesondere beim Wohnungsbau. Kleinere und größere Immobiliengesellschaften (Signa) mussten Insolvenz anmelden.

Alles zusammen bewirkte das eine deutliche Abschwächung der Konjunktur. Im vierten Quartal 2023 gab es einen Rückgang des BIP um 0,3 Prozent. Die Prognose für 2024 wurde im Februar von der Bundesregierung herabgesetzt. Es wird jetzt ein Zuwachs des BIP von 0,2 Prozent erwartet. Ein geringeres Wirtschaftswachstum reduziert die zu erwartenden Steuereinnahmen. Der finanzielle Spielraum des Staates wird dadurch weiter eingeschränkt.

Es ist also nicht übertrieben festzustellen, in kurzer Zeit hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Basis für die Politik der Koalition erheblich geändert. Die Verschlechterung der Rahmenbedingungen musste unvermeidlich die Widersprüche in der Koalition verstärken. Der Verteilungskampf um die begrenzten Mittel bricht bei jeder Gelegenheit wieder aus und wird immer härter ausgetragen. Es ist die Aufgabe eines Koalitionsvertrags, noch vor der eigentlichen Regierungstätigkeit die Kompromisslinien auszuhandeln. Offensichtlich ist das nicht ausreichend genug geschehen, um bei einer Zuspitzung der Lage das Ausbrechen von Konfrontationen zu verhindern. Auch vermeintlich schon längst abgehackte Themen wie die Laufzeit der Atomkraftwerke wurden wieder hervorgeholt.

Die Koalition scheint mit den neuen Bedingungen überfordert

Besonders die drohende Energieverknappung und die damit verbundenen großen Preissteigerungen haben in der Koalition hektische Aktivitäten ausgelöst. Diese wirkten zum Teil konfus. Als Beispiele seien genannt die verschiedenen Modelle der Gas- und Strompreissbremsen, die

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

vorgeschlagen, aber auch schnell wieder verworfen wurden, die Debatte über einen vergünstigten Industriestrom, die Diskussion über eine kurze oder lange Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke und manches mehr. Es entstand der Eindruck, die Regierung hat keinen Plan. Ihre verschiedenen Teile handeln nicht miteinander, sondern gegeneinander. Wurden dann neue Gesetzesinitiativen lanciert, waren diese oft von handwerklichen Fehlern geprägt.

Besonders verheerend wirkten die Vorgänge um das sogenannte Heizungsgesetz (offiziell Gebäudeenergiegesetz). Sicher, diese Debatte begann mit dem Durchstich einer unvollständigen und nicht abgestimmten Version des Gesetzes an die Presse. Der Durchstich erfolgte anscheinend in der Absicht, damit der Koalition oder dem Wirtschaftsminister zu schaden. Trotzdem war das Folgende geradezu ein Lehrstück dafür, wie man etwas nicht machen soll, wenn man erfolgreich sein will. Zu den großen Schwachpunkten des Entwurfs gehörten unklare Fristen und Übergangsbestimmungen. Dieser Mangel galt auch in Hinsicht auf bei der Umsetzung zu erwartende Lieferzeiten und der begrenzten Kapazität der zur Installation notwendigen Handwerker. Die Unklarheiten wurden dann aber nicht in akzeptabler Zeit präzisiert und klagestellt, sondern es folgte ein heftiger Streit in der Koalition über diese Punkte. Es fehlte ein Konzept zur sozialen Absicherung und die Vermeidung von finanziellen Härten. Das ganze Vorhaben war auch kommunikativ schlecht vorbereitet. Nur wenige Menschen waren im Vorfeld gut über Ziel und Zweck der angestrebten Veränderungen informiert. Für die meisten waren zentrale Sachverhalte, wie etwa die Vorteile und Grenzen von Wärmepumpen, ziemlich neu. Erfahrungen aus anderen Ländern waren kaum bekannt. Für viele war es nicht klar, was die geplanten Maßnahmen wirklich für sie persönlich bedeuteten würden. Deshalb konnten alle möglichen Befürchtungen und Ängste breiten Raum gewinnen. Letztendlich erreichte das Heizungsgesetz den Status der ultimativen Zumutung, den Status eines „Heizungswahnsinns“ oder „Heizungshammers“, wie die *Bildzeitung* schrieb.

Das Urteil des Bundesverfassungsgericht, eine weitere Verschärfung der Rahmenbedingungen

Dann erfolgte am 15. November 2023 der nächste Schlag. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Urteil das Vorgehen der Bundesregierung in Hinsicht auf die Schuldenbremse für nichtig. Gelder, die im Rahmen einer Ausnahme der Schuldenbremse bewilligt worden sind (im konkreten Fall zur Wirtschaftsförderung im Zuge der Corona-Pandemie), aber für den ursprünglichen Zweck nicht benötigt wurden, dürfen in keinem Fall für andere Zwecke ausgegeben werden. Genauso sei es unzulässig, in Ausnahmejahren bewilligte Gelder über mehrere Jahre zu strecken. Damit waren die Haushaltsmittel, die aus den Corona-Jahren stammten und die die Koalition zur Förderung der Energietransformation und der Wirtschaft ganz allgemein verwenden wollte, blockiert. Es handelte sich immerhin um ein Gesamtvolumen von 60 Milliarden Euro, das nicht mehr zur Verfügung stand. Davon mussten ca. 17 Milliarden auf die Schnelle für den zum Zeitpunkt des Urteils kurz vor der endgültigen Verabschiedung stehenden Bundeshaushalt 2024 eingespart werden. Und wieder schoss die Regierung bei den folgenden Sparbemühungen ein Eigentor.

Sie handelte, als ginge es nur um interne Koalitionsabsprachen, bei der jede Partei auch mal eine Kröte schlucken muss und es vor allem wichtig ist, dass die Kröten einigermaßen gleichmäßig verteilt werden. Dass es auch so etwas wie Betroffene gibt, die durch Regierungsbeschlüsse ziemlich plötzlich mit einer neuen Situation konfrontiert werden, das hatte die Koalition anscheinend vergessen. Es ist nicht verwunderlich, dass ein solches Vorgehen die Verärgerung weiter steigert und geradezu bilderbuchmäßig die Motivation für Protestaktionen liefert. Was mit den Demonstrationen der Bauern dann auch tatsächlich geschehen ist.

Einiges funktioniert auch, zumindest zum Teil

Noch relativ problem- und geräuschlos konnte die Koalition ein

wichtige Wahlversprechen der SPD umsetzen, nämlich die Anhebung des Mindestlohns von 9,60 Euro auf 12,00 Euro pro Stunde. Diese trat zum 1. Oktober 2022 in Kraft und erfolgte per Gesetz außerhalb der routinemäßigen Anpassungen durch die Beschlüsse der Mindestlohnkommission.

Außerdem konnte die SPD ein zweites Anliegen verwirklichen. Ab dem 1. Januar 2023 wurde das sogenannte Arbeitslosengeld II, besser bekannt als Hartz IV, zum Bürgergeld umbenannt. Damit verbunden war eine Reform verschiedener Bestimmungen (Anrechnung von Besitz, Weiterqualifizierungsmöglichkeiten) und auch ein Anstieg der Regelsätze. Insgesamt war das zwar kein entscheidender sozialer Durchbruch, aber immerhin. 2024 gab es einen weiteren Anstieg der Regelsätze um stattliche 12 Prozent auf 563 Euro (für Alleinstehende) pro Monat.

Ein drittes größeres und im Koalitionsvertrag angekündigtes soziales Vorhaben ist aber vorerst gescheitert, nämlich die Einführung einer Kindergrundsicherung, die diese Bezeichnung auch verdient. Gescheitert vor allem am Einspruch des Finanzministers, der dafür nur 2,4 Milliarden Euro bereitstellen will. Wie weit auch das ungeschickte Agieren der grünen Familienministerin Lisa Paus dazu beigetragen hat, sei dahingestellt. Völlig klar ist aber, dass man ohne ausreichende Finanzmittel keine wirkliche Absicherung der Kinder vor Armut und ihren Folgen erreichen kann. Nach dem jetzigen Stand, es liegt erst ein Entwurf vor und es ist noch nichts wirklich entschieden, ist der Beginn auf den 1. Januar 2025 verschoben.

Bei anderen Problemen geht es nicht voran

Ein sich zunehmend verschärfendes Problem ist die Wohnungsfrage in den Ballungszentren. Dort gibt es einen eklatanten Mangel an günstigem und bezahlbarem Wohnraum. Immer mehr Menschen müssen sehr hohe Anteile ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Und die Mieten zeigen weiter steigende Tendenz, trotz des momentan zu beobachtenden Rückgangs bei den Kaufpreisen für Immobilien. Laut Koalitionsver-

trag sollten jährlich 400 000 Wohnungen neu gebaut werden. Dieses Ziel wurde in den zwei bisherigen Jahren eindeutig verfehlt (2022 wurden 295 300 Wohnungen fertiggestellt, für 2023 werden 245 000 Fertigstellungen geschätzt, für 2024 210 000). Es dürfte keine Chance bestehen, in der verbleibenden Zeit bis zur nächsten Wahl die Zielmarke auch nur annähernd zu erreichen. Damit kommt von der Bundesregierung kein Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems.

Es gibt eine Liste von alten, also von früheren Regierungen geerbten Dauerproblemen wie Pflegenotstand, Mängel im Bildungssystem und bei der Kinderbetreuung. Eine wirkliche Verbesserung auf all diesen Gebieten würde erhebliche Mehrausgaben, insbesondere für das Personal voraussetzen.

Auch die vielfach marode Infrastruktur oder die Probleme der Bahn würden eigentlich, auch aus der Sicht der Regierung, eine erhebliche Steigerung der Investitionsausgaben erfordern. Und genau da liegt das Problem. Denn die prinzipiell vorhandenen Möglichkeiten der Schuldenaufnahme oder von Steuererhöhungen, um sich zusätzliches Geld zu verschaffen, sind politisch blockiert. Einerseits durch die FDP bzw. falls bei einer Reform der Schuldenbremse eine Verfassungsänderung notwendig wäre, auch durch die Unionsparteien. Gleichzeitig besteht offensichtlich keine Bereitschaft, erneut an der Neupriorisierung der Rüstungsausgaben zu rütteln.

Die Wahrnehmung der Koalition in Medien und Wählerschaft

Schon seit einiger Zeit hat die Ampel-Koalition keine gute Presse mehr. Eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung lässt sich nicht nur aus den Umfrageergebnissen ableiten. Äußerungen, die Kritik und Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen, gibt es viele und von ganz unterschiedlichen Seiten. Ein Grund dafür liegt in den Schwierigkeiten der Koalition, wichtige Vorhaben – auch nach ihrem Selbstverständnis wichtige Vorhaben – wenn überhaupt, nur mühsam voranzubringen. (Klimapolitik, Wohnungsfrage, Kindersicherung).

Größere Erfolge ihrer Regierungstätigkeit, sozusagen Glanzlichter, die bei den Menschen entsprechend ankommen, kann die Koalition dagegen nicht vorweisen.

Die Regierung kann den bestehenden Erwartungshaltungen nicht nachkommen. Ein Beispiel dafür ist die Inflation. Wie erwähnt, gab es 2022 und 2023 starke Inflationsschübe. Die Preise stiegen so stark wie schon lange nicht mehr. Für die Lohnabhängigen bedeutete das einen erheblichen Verlust ihrer Kaufkraft. Diese Tatsache hat erheblichen Frust erzeugt und zur Unzufriedenheit mit der Regierung beigetragen. Auch wenn es Argumente dafür gibt, dass die Bundesregierung den Inflationsschub nicht allein zu verantworten hat, ist es einfach so, dass die Menschen ihre Unzufriedenheit mit der Lage und die Verschlechterung ihrer Verhältnisse der Regierung anlasten. Nach der Devise: in den letzten zehn Jahren gab es keine solchen Preissteigerungen, bei der jetzigen Regierung aber schon.

Ähnliches ließe sich sagen in Bezug auf die Entwicklung der Wirtschaft generell, die ja auch nicht besonders gut läuft.

In dieser Situation ist das zerstrittene Erscheinungsbild der Koalition ein weiterer wichtiger Grund für ihr sinkendes Ansehen. Die Regierung ist nicht in der Lage, ihr Handeln als entschlossen, zupackend und lösungsorientiert zu präsentieren. Vielmehr scheint es, dass bei jedem Vorhaben, auch solchen, die im Koalitionsvertrag angekündigt worden sind und damit eigentlich abgesprochen sein sollten, immer wieder Kontroversen sichtbar werden. Diese gleichen umgehend Grundsatzdiskussionen über Sinn und Zweck der Vorhaben, obwohl es real oft um vergleichsweise zweitrangige Details geht. Die Parteien betonen ihre unterschiedlichen Politikansätze (z. B. Bevorzugung von Marktmechanismen bzw. staatliche Regulierungen) und es wird der Eindruck erweckt, ein Erfolg der einen ist zwangsweise eine Niederlage der anderen. Besonders zwischen FDP und Grünen kommt es zu diesen permanenten Hakeleien. Die FDP versucht sich als der Hüter und Garant der Marktwirtschaft zu profilieren und lobbyiert aggressiv für ihr Klientel. Man könnte einwen-

den, das Ausmaß von Koalitionsstreitereien wäre ein oberflächliches und letztlich nicht relevantes Kriterium für die Beurteilung einer Politik. Das kann man sicher so sehen, aber man muss auch sehen: zur Zeit, beim gegenwärtigen politischen Bewusstsein, spielen solche oberflächlichen Merkmale für viele Menschen eine große Rolle. Man hat Erwartungen an die Politik und diese Erwartungen werden enttäuscht.

Mit den Kriegen in der Ukraine und in Gaza/Israel hat sich generell die Krisenwahrnehmung in der Gesellschaft verändert. Die allgemeine Verunsicherung ist gewachsen und viele befürchten zunehmende Gefahren in der Zukunft.

Warum profitiert besonders die AfD?

2023 war zu beobachten, dass die AfD die Partei war, die von der Unzufriedenheit der Wähler besonders profitieren konnte. Die Unionsparteien legten in den Umfragen zwar auch zu, aber sie erreichten mit knapp über 30 Prozent Zuspruch eigentlich nur wieder „normale“ Ergebnisse. Die bayerischen Landtagswahlen zeigten, mit den Freien Wählern können auch andere als rechts einzustufende Gruppierungen von der Stimmung profitieren, während die CSU leichte Verluste hinnehmen musste.

Sicher spielt dabei eine Rolle, dass sich die Wähler noch genau an die vielen Jahre mit von der CDU geführten Regierungen erinnern können. Jedem politisch interessierten und einigermaßen aufmerksamen Beobachter ist klar, dass CDU/CSU zu einem erheblichen Ausmaß für viele der heutigen Probleme mitverantwortlich sind. Egal, ob es sich um den Zustand der Bahn (hier haben sich etliche CSU-Minister hervorgetan), die Lage der Bauern, den Pflegenotstand etc. handelt. Wie soll der angeblich desolate Zustand der Bundeswehr ohne die Mitwirkung einer langen Reihe von CDU-Ministern und Ministerinnen erklärt werden? Logischerweise gehen deshalb viele nicht so ohne weiteres davon aus, dass es eine von CDU/CSU geführte Regierung besser machen könnte.

Ganz im Gegenteil, die Erfahrung, dass nach Jahren der GroKo auch der Ampel nicht viel gelingt, erzeugt



Frust über die Ampel, aber auch generell über die Politik und die sie tragenden Parteien. Dieser Frust äußert sich deshalb auch in Protest gegen die „etablierten“ Parteien und erhöht die Bereitschaft, es mal mit etwas grundsätzlich Anderem, sprich der AfD, zu versuchen.

Nun muss man bei den Wählern und Sympathisanten der AfD differenzieren. Da gibt es verschiedene Gruppen und Untergruppen. Ein Teil wählt die AfD, weil er selbst über eine eindeutig rechte Gesinnung verfügt. Es ist seit langem bekannt und durch etliche Untersuchungen bestätigt (z. B. die SINUS-Studie), dass es in Deutschland in der Größenordnung von 10 bis 15 Prozent Menschen mit eindeutig rechten bis hin zu profaschistischen Ansichten gibt. Das ist der harte Kern, das sind die Stammwähler der AfD. Früher haben sie vielleicht auch schon NPD oder DVU gewählt, Parteien, die seit dem erfolgreichen Auftreten der AfD bei Wahlen keine Rolle mehr spielen.

Im Kontrast dazu sind Wähler bzw. Unterstützer anzunehmen, die keine stärkere Bindung nach rechts aufweisen. Ihre Hauptmotivation dürfte der Protest gegen die gängigen, jetzt und in der Vergangenheit regierenden Parteien sein. Diese haben sie bei früheren Wahlen gewählt und sind dann von der folgenden Politik mehrfach enttäuscht worden.

Nun steht bei ihnen im Vordergrund, diesen Parteien einen Denkartikel zu verpassen oder mal etwas ganz anderes zu probieren.

Ein erheblicher Teil des Zuspruchs für die AfD dürfte von Personen kommen, die zwar kein geschlossenes rechtes Weltbild haben, aber zumindest in einem für sie wesentlichen Punkt eine Nähe zu rechten Themen aufweisen. Das kann sich auf die Ablehnung von Zuwanderung beziehen, eine Form der Leugnung oder Bagatellisierung des Klimawandels sein, oder eine Ablehnung von gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der LGBTQ+ Bewegung, die oft als „Genderwahnsinn“ angeprangert werden, vielleicht auch eine Distanz zur vergangenen Coronapolitik. Das alles sind Meinungen und Überzeugungen, die mal mehr, mal weniger gefestigt bei etlichen Menschen vorhanden sind. Sie begünstigen die Tendenz nach rechts außen und erschweren bzw. verunmöglichen eine Ansprache von links. Selbstverständlich sind diese drei Gruppen nicht säuberlich voneinander getrennt, die Übergänge sind fließend.

Ein Teil der Arbeiterklasse tendiert nach rechts

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in der Arbeiterklasse Sympathie und Wahlunterstützung für

die AfD vorhanden sind. Die Belege dafür sind eindeutig. Das gilt auch oder vielleicht sogar besonders für den Teil, der zum Kernbereich der Arbeiterklasse zu rechnen ist.

Grundsätzlich ist zur jetzigen Lage der Arbeiterklasse in Deutschland anzumerken: Trotz aller Angriffe auf die sozialen Standards und der im Zuge des Neoliberalismus eingetretenen Verschlechterungen ist die materielle Lage, nicht für alle, aber für einen erheblichen Teil, immer noch gut. Das gilt insbesondere im historischen Vergleich und im Vergleich mit anderen Ländern. Diese Feststellung dürfte auch der Eigenwahrnehmung in der Arbeiterklasse entsprechen. Allerdings wird für die Zukunft eine weitere Verschlechterung und eine substantielle Gefährdung der noch guten Position befürchtet. Das ist ja durchaus eine realistische Einschätzung.

Dementsprechend weit verbreitet ist eine Verunsicherung, was die Zukunft betrifft. Der Glaube an oder die Hoffnung auf weiteren Fortschritt ist im Vergleich zu früheren Jahrzehnten stark zurückgegangen. Auch der Satz und der Wunsch, „*meinen Kindern soll es einmal besser gehen*“, wird nicht mehr für realistisch gehalten.

Allerdings verbinden viele diese Gefährdung nicht mit dem Kapitalismus. Im Bewusstsein vieler gibt es zwar immer wieder Auseinandersetzungen

zungen mit den Unternehmern (etwa um Lohn), aber sie sehen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die letzte Ursache für die auch von ihnen wahrgenommene Bedrohungen. Vielmehr sehen sie Gefahren auch aus ganz anderen Richtungen kommen, etwa durch anhaltende Zuwanderung oder durch die Anforderungen der Klimatransformation. Als „die da oben“, gegen die man seine Interessen verteidigen muss, werden dann nicht mehr hauptsächlich die Kapitalisten angesehen. Die dominierende Stellung wird anderen gesellschaftlichen Gruppen, den „Eliten“, wie auch immer diese definiert sind, zugesprochen.

Zur Verteidigung ihrer Positionen tendieren viele Lohnabhängige zu einem Konservatismus im Wortsinne. Sie wollen ihre noch einigermaßen gute Lage bewahren. Ein solcher Konservatismus bleibt aber nicht notwendigerweise auf die Bewahrung von genau definierten Interessen beschränkt. Er kann auch zu einer relativ unspezifischen allgemeinen Haltung werden und dazu führen, Veränderungen jeglicher Art vor allem als Zumutung wahrzunehmen und zuerst einmal abzulehnen. Das gilt auch Veränderungen, die nicht wirklich gegen die eigenen Interessen gerichtet sind.

Solche Tendenzen sind insofern nicht verwunderlich, als die Realität fast immer hochkomplex ist. Die im Vordergrund stehenden und vermeintlich leicht zu erkennenden Gründe sind meistens nicht die dahinterliegenden, tiefer gehenden Ursachen und Antriebskräfte der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Eine genaue und zutreffende Analyse ist entsprechend schwierig.

Veränderungen wie etwa die Klimatransformation können auf sehr unterschiedliche Art und Weise umgesetzt werden. Mit Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterklasse und genauso ohne eine solche Berücksichtigung. Die tatsächlich in einer Gesellschaft ablaufenden Entwicklungen sind in dieser Beziehung fast immer widersprüchlich, besonders in einem Land wie Deutschland mit zur Zeit relativ wenig entwickelten Klassenkämpfen.

Ein Grund für den Trend zur AfD ist auch, dass von linker Seite der Regierungspolitik kein Gegenentwurf mit größerer Breitenwirkung entgegengesetzt werden konnte. Es gibt in Deutschland zur Zeit keine Kraft und keine Partei, die dazu in der Lage gewesen wäre. Die Partei Die Linke hat sich trotz vieler sinnvoller Forderungen in ihrem Programm in der Realität nicht zu einer echten, d. h. kampagnenfähigen, Vertretung der Arbeiterklasse entwickelt. Sie ist dort auch nicht wirklich stark verwurzelt. Dafür ist die Partei zu heterogen und die der Arbeiterklasse fernstehenden Kräfte sind in ihr zu prominent vertreten.

Auch die Enttäuschung über die SPD unter Schröder (Agenda 2010) spielt immer noch eine Rolle.

Es ist einfach festzustellen: zur Zeit gibt es bei den Lohnabhängigen keine markante Entwicklung nach links.

Verschiebungen im Parteiensystem ?

Charakteristisch für die gegenwärtige Lage ist eine große und weitverbreitete Unzufriedenheit. Aber diese allgemeine Unzufriedenheit scheint vielfach eine oft diffuse Stimmung zu sein, die noch keinen klaren politischen Ausdruck gefunden hat. Noch ist unklar, ob der zu

beobachtende Trend nach rechts nur vorübergehend ist oder sich verfestigen wird. Diesbezüglich gibt es eine große Unbestimmtheit für die Zukunft.

Richtet man den Focus hauptsächlich auf Wahlergebnisse, zeichnen sich Veränderungen ab, die zukünftige Koalitionsbildungen ziemlich schwierig machen könnten. Denn es ist fraglich, ob die gewohnten politischen Konstellationen, die sich bisher bei der Regierungsbildung abwechselten, auch weiterhin ausreichende parlamentarische Mehrheiten erreichen werden. Bei den kommenden Wahlen, auch bei der nächsten Bundestagswahl, sind größere Verschiebungen im Parteiensystem wahrscheinlich oder zumindest denkbar. Die Umfragen deuten in diese Richtung.

Die neue Partei BSW (Bündnis Sarah Wagenknecht) schneidet bisher gut in den Umfragen ab. Ob dies auch in Wahlergebnisse umgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten. Sie könnte auch für die Arbeiter, die bisher eine gewisse Neigung zur AfD gezeigt haben, attraktiv sein.

Wird die Ampelkoalition überhaupt noch bis zur nächsten regulären Bundestagswahl im Herbst 2025 bestehen bleiben ? Diese Frage stellt sich ernsthaft. Denn Probleme gibt es genug, denkbare Bruchstellen auch. Trotzdem ist ein Durchhalten nicht unwahrscheinlich. Denn für alle Beteiligten bietet ein vorzeitiges Ende der bestehenden Koalition keine günstigen Perspektiven. Konstellationen, die aus Sicht mindestens einer der an der Koalition beteiligten Parteien ein einfacheres oder besseres Regieren ermöglichen würden (etwa schwarz-gelb oder rot-grün), haben schlicht keine Mehrheit im Bundestag. Eine CDU/CSU/SPD-Koalition hätte zwar eine Mehrheit, aber könnte Scholz dann Kanzler bleiben? Ist zu erwarten, dass entweder SPD oder CDU/CSU bei der Kanzlerfrage zurückstecken? Bei eventuell fälligen Neuwahlen wäre es fraglich, ob ein Koalitionsbruch sich für den Verursacher auszahlen würde. Deshalb fehlt, trotz der Konflikte und Reibereien, eine wirklich starke Motivation, die Koalition zu verlassen. Die Frage nach einem vorzeitigen Ende der Ampel bleibt damit offen.

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 Euro

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Von „Nazis auf den Mond“ bis „Liebe ist stärker als Hass“. Die Massendemonstrationen in Deutschland zur Rettung der Demokratie



Seit Wochen wogen Demonstrationen durch das Land. Anlass war die „Enthüllung“ einer Zusammenkunft einiger AfD-Strategen und Mitglieder der CDU, die in ihrer Partei rechtsaußen wirken, mit Neonazis, Identitären, Unternehmern und mittelständischen Interessenten. Das Thema schlechthin, das mit der Veröffentlichung den Skandal und damit die Mobilisierung ausgelöst hat, war die Frage, wie hier lebende Menschen mit ausländischen Wurzeln in Millionenzahl ausgewiesen und deportiert werden können. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Identitäre Martin Sellner, dessen Planung die Diskussions- und Arbeitsgrundlage aller Teilnehmenden darstellte.

Soweit die Fakten, die seither beständig zitiert werden, von allen Medien, von allen Parteien (außer der AfD) und schließlich auch von einer Massenbewegung von Menschen, die bislang nicht als besonders aktiv oder kritisch aufgefallen waren.

Die „schweigende Mehrheit“ scheint nach Jahren des Aufblühens rechter Politik und ihrer Wahlergebnisse, nach Jahren der PEGIDA- und sonstiger faschistoider Demonstrationen

nach Jahren der blutigen Schaffung von „national befreiten Zonen“, nach Jahren des rechten Terrors und der zugehörigen Morde, ihre Sprache -ansatzweise- wiederzufinden. War man überrascht und schockiert, dass Nazis und ihre Sympathisanten so reagieren und handeln, wie das jeder Linksstehende leidvoll erfahren und jeder nicht geschichtsvergessene Mensch einmal gelernt hat?

Angenommen, es war so: Welche Konsequenzen ziehen die solcherart Aufgerüttelten aus ihrem (vergesenen) Wissen?

Diese Frage war Ausgangspunkt dafür, die neue Demonstrationenbewegung, insbesondere in München, in ihrem Werdegang zu beobachten und -zwangsläufig- kritisch zu befragen.

Die initiale Demonstration

Vorausgeschickt werden muss, dass diese Bewegung verschiedene Ausdrucksformen und regionale und lokale Besonderheiten aufweist. Waren in manchen Städten die Demonstrationen von Beginn an parteipolitisch kanalisiert und tonangebend begleitet, gab es anderswo alternative Zugänge und die Parteien hielten sich (zuerst) zurück. In München etwa sollte zuerst die Politik mit der Vorbereitung und Programmplanung nichts zu tun bekommen, ebenso wie Parteifahren waren Nationalfahnen untersagt. Stattdessen waren hier Fridays for Future (FFF) und flüchtlingsnahe Hilfsorganisationen federführend, in der zweiten Reihe dann Dutzende weiterer Unterstützungsadressen. Nach wenigen Tagen der organisatorischen Vorbereitung stand die Einladung zur Demonstration „gemeinsam gegen Rechts“. Die Teilnahme war ungeachtet der hastig bereitgestellten Infrastruktur für eine Massenveranstaltung ein Selbstläufer. Die Demonstrierenden informierten sich selbst, ohne aufwändige Plakat- oder Medienwerbung, und

trafen in der Nähe der geplanten Kundgebung ein. Eine Annäherung an das Podium mit den Veranstalterinnen und Rednerinnen war nur mehr einer Minderheit möglich. Weit ab standen und stauten sich die Menschen, eng an eng waren nur mehr kleine Demotafeln zu sehen, unter denen sich auch keine Gruppen mehr versammeln konnten, sondern nur mehr diejenigen, die dort zufällig zu stehen kamen. Im weiteren Sinne waren die zahlreichen Schilder (und ihre Trägerinnen) gegen die AfD, und nur gegen die AfD, gerichtet. Da reichte die Palette von zumindest politisch formulierten Aussagen wie „Stoppt den Faschismus“ über das gerne gewählte „gemeinsam gegen die AfD“, das unvermeidliche „München ist bunt“ und einer etwas dümmlichen Inversion „Menschenrechte statt rechte Menschen“ bis zu witzig gemeinten Täfelchen, die zwar gut für die Posts waren, aber untauglich als politische Aussage.

Es war eben eine zwar riesige, aber, wenn man die allgemeine Abneigung gegen die AfD als gegeben voraussetzt, nicht durch weitere gemeinsame Ziele verbundene Menschenmenge zusammengekommen. Die Menschen waren da, um Haltung, und nur Haltung, zu zeigen. Wie ihre Gegnerschaft zur AfD dann politisch umsetzbar wird, dazu gab es keinen Konsens. Dem Gros wird es wohl reichen, wenn die etablierten Parteien den Protest zur Kenntnis nehmen und – irgendwie – in ihr Handeln einbeziehen. Oder zumindest so tun.

Eine Steilvorlage also für die Politik, die Ampel ebenso wie die C-Parteien. Verdient hatten sich die Regierungsparteien in Bund und Ländern diese Unterstützung wahrlich nicht, ihre Politik auf allen Feldern treibt schließlich der Protestpartei AfD ihre Wähler massenhaft zu. Dass sie dies als Freibrief sieht, dem Faschismus in Deutschland eine neue Heimat zu geben, woran ihre Unterstützer mehr und mehr Gefallen finden, kann nie-

manden verwundern. Es ist Ausdruck der gesellschaftlichen Realität in diesem Land.

Nach dem Abbruch der Veranstaltung durch die Polizei wegen des allzu großen Andrangs wartete die Menge brav, bis nach geraumer Zeit der Weg zurück angetreten werden konnte. Die Wartezeit war lange genug, dass sich Nachbarn über das Gehörte und Gesehene hätten austauschen können. Doch es blieb weitgehend still. Man war da gewesen, hatte Präsenz gezeigt und jetzt ging man wieder.

Die Reaktionen der veröffentlichten Meinung

Nach der Auflösung trafen die ersten Pressemeldungen auf den Smartphones ein und die Teilnehmer erfuhren, was da geschehen oder nicht geschehen war. Über die Größe der Demonstration wurde ausführlich gestritten: eher 100 000 oder doch über 300 000? Der Erfolg hing offenbar mit der möglichst großen Zahl zusammen. Die Rednerinnen, die an das von einem Rassisten begangene OEZ-Attentat vor zehn Jahren mit vielen Toten erinnerten oder die geplanten Abschiebungen thematisierten, die jetzt Deportationen heißen durften, wurden zitiert, so dass Teilnehmende sich zumindest im Nachhinein informieren konnten. Auch die ersten Kritiken (der CSU) gingen ein, die der veranstaltenden FFF das Recht zur Wortführerschaft absprachen, weil sie sich angeblich nicht genügend von Greta Thunberg, der neu ernannten Antisemitin, distanziert hatten.

Die Druckmedien des folgenden Tages waren voll des Lobes, weil die übergroße Mehrheit im Lande ein so sichtbares und mächtiges Zeichen gesetzt hatte. Es fiel weiter gar nicht auf, dass diese Menge selbst keine weiteren Fragen oder Forderungen aufgestellt hatte. Und was ist mit dem von so vielen Teilnehmenden geforderten Verbot der AfD?

Die staatlichen Organe mussten nur verlautbaren, das sei alles kompliziert und langwierig und eben das sei doch die Stärke des demokratischen Rechtsstaats. Schon wurden diese Weisheiten von den Medien ungefiltert und ohne jede kritische Nachfrage unter das Volk gebracht.

Und die schweigende Mehrheit schwieg.

Die liberale Süddeutsche Zeitung lobte, wie auch konservativere Print- und Fernsehmedien, die große Zahl. Auch dankte man artig den Veranstaltern für die Organisation und den wenigen Rednerinnen für ihre anrührenden Worte. Aber eins ging doch gar nicht: dass auf dem Podium (auch) die Verantwortung der Ampelparteien für, vor allem, die verschärfte Flüchtlingspolitik angesprochen wurde.

SPD und Grüne seien angegriffen worden, was unter den Demonstranten Unverständnis, Kopfschütteln (ojoj!) und Befremden ausgelöst habe. So werde die Mehrheit verschreckt und die schöne Einigkeit gefährdet.

Damit war die Tonart gefunden, als es um mögliche Folgeaktionen in München ging.

Konsens aller Interessenten war, dass die Demonstration kein Einzelereignis bleiben sollte. Dazu musste aber die kritische Spitze abgebrochen werden. Während die Beleidigungen und Diffamierungen auf social media zunahmen, die den beiden Sprecherinnen auf dem Podium und der Flüchtlingshilfe galten, wurden die Organisatoren von der Politik auf Linie gebracht. Nicht so brutal wie im Internet, aber deutlich effektiver. Aus mehreren Dutzend Unterstützern waren über 200 Organisationen, Kirchen, Vereine geworden. Alles, was gesellschaftlich in der Stadt einen Namen hat. In diesem fürsorglichen neuen Rahmen stellten sich die Ver-

anstalter etwas breiter auf. Aus „gemeinsam gegen Rechts“ wurde „für die Demokratie, gegen Rassismus, Antisemitismus und Hetze“ Sie hatten ihre Lektion schnell gelernt, ihr Sprecher Luc Ouali wird zitiert, „man kritisiere zwar weiterhin den allgemeinen Rechtsruck, richte sich aber ausdrücklich gegen eine Spaltung der Gesellschaft, die von Rechtsaußen angestrebt werde.“ (SZ, 06. Februar 2024) Rechts ist also ok, die CSU und ihre Anhänger sind herzlich eingeladen. Die Kritik der Parteien am Konzept der ersten Demonstration war damit auf einen Schlag beendet. Der Koalition der (rechten) Mitte fehlte in Bayern dann doch noch ein Mitglied: die Freien Wähler Aiwangers blieben der großen Einigung überwiegend fern. Aiwanger hatte schließlich die Unterwanderung der Kundgebungen durch die Linksextremen an's Licht gebracht. Vielleicht spielt auch eine Rolle, dass zeitgleich Bauerndemos stattfanden und stattfinden, auf denen er als Hauptredner wirkt ...

Die Folgedemonstration

Nachdem alle größeren und viele kleine Städte in Deutschland akzeptabel, gut, oft sogar sehr gut besuchte Demonstrationen erlebten und das Politbarometer bei der Sonntagsfrage den Balken der AfD freudig um 3 % senken konnte, phantasierte so mancher Kommentator schon die reifenden Früchte der demokratischen Mehrheitsmanifestationen herbei. Zur gleichen Zeit können bei den Bundestagsnachwahlen in Berlin

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- Euro

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Demonstrierende waren wohl dabei und fühlten sich gut, die gleichzeitig der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ einen Riegel vorschieben wollen und es für notwendig erachten, die Asylgesetzgebung und ihre europäische wie deutsche Umsetzung gründlich zu „reformieren“? Deportation ist pfui, das machen nur Nazis. Abschiebung und Rückführung dagegen ist notwendig, um unser Land nicht zu „überlasten“. Vor wenigen Jahren noch sprach die CSU und ihre Parteilührung vom Asyltourismus, Asylbewerbern dürfe man kein Geld in die Hand geben. Abschiebeprozesse führen immer leichter in den Knast.

Jetzt entdeckt die schweigende Mehrheit, dass die Entfernung von Menschen mit nichtdeutschen Wurzeln aus Deutschland hierzulande Probleme bereiten würde. So manche Arbeitsstelle und Dienstleistung bliebe verwaist und unerledigt, die Exportwirtschaft könnte darunter leiden.

Einerseits berauscht man sich an der großen Zahl der Demonstrierenden, andererseits bündelt man diese nicht vernachlässigbare Größe nicht zu kraftvollen politischen Forderungen an die Regierung. Keine Rede vom vorher noch vielfach angemahnten Verbot der Partei, keine Rede von der juristischen und strafrechtlichen Verfolgung der Verbrechen, keine Rede von der Säuberung der Behör-

den, der Geheimdienste und Polizei sowie der Bundeswehr. Nicht einmal die rückhaltlose Aufklärung begangener Taten sind Thema. Die „Lösung“ wird von der Einsicht auf individueller Ebene erwartet: Achtsamkeit im Umgang mit seinem Nächsten, „Liebe statt Hass“, das gute Beispiel der Bürger, die 2015 ihre Türen für die Geflüchteten öffneten, die Überwindung „unserer“ Ignoranz, was wichtiger sei als die „paar Nazis“.

Was bleibt also an Motiven der großen, unpolitischen Mittelschichten übrig? Ein eher oberflächlicher, an Skandalisierung gebundener Humanismus. Das Bestreben, dass Frieden und Ruhe herrschen möge im Lande, kein Krawall.

Ja, es ist einiges ins Rutschen geraten in Deutschland. Mit Appellen und „Liebe statt Hass“ werden die himelschreienden Unterschiede sich nicht mildern, geschweige denn auflösen lassen. Die AfD hat die Gräben in der Gesellschaft nicht geschaffen, sie profitiert nur davon. Sie ist weder das einzige Problem noch die Lösung der Krise, sie ist ein Symptom davon. Deshalb wird auch nicht alles wieder gut werden. Es wird nicht mehr so wie früher.

Ein durch und durch konservativer Protest wogt durch das Land. Wie lange diese Bewegung als Massenbewegung durchhält, ist nicht gewiss. Dass sie aber nichts an den Zustän-

den ändert, die den Rechtsruck bis zu den Ausläufern des Faschismus in Deutschland hervorgebracht haben, das ist gewiss.

(Stand: 18.02.2024)

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den

dialektischen Materialismus



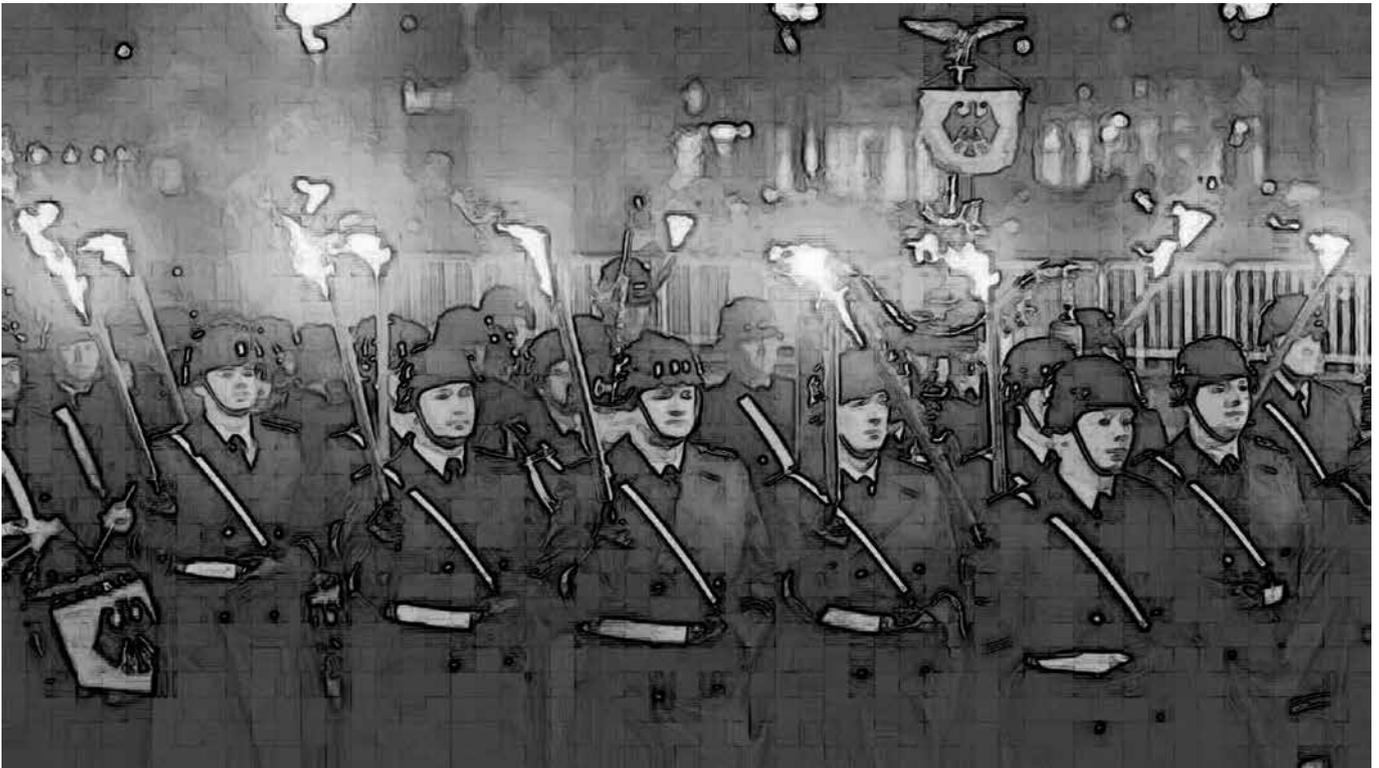
Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung, 5,- Euro

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Zeitenwende



Am 9. November 2023 wurden die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) des Verteidigungsministeriums erlassen.¹ In dem nunmehr wichtigsten Bundeswehr-Dokument werden Truppe und Bevölkerung mit markigen Worten darauf eingeschworen, sich für anstehende Kriege mit gegnerischen Großmächten (zuvorderst natürlich Russland, aber auch China) zu rüsten. Die unsägliche Begrifflichkeit aufgreifend, die Verteidigungsminister Boris Pistorius in einer nicht allzu lang davor gehaltenen Rede in die Debatte einführte², rückt das Dokument die „Kriegstüchtigkeit

als Handlungsmaxime“ in den Mittelpunkt der Bundeswehrplanungen (VPR: 27). Die VPR haben damit die Aufgabe, „die Weichen für eine Bundeswehr in der Zeitenwende“ zu stellen, wie Pistorius und Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer in einem begleitenden Artikel betonten.³

Führungsmacht der bedrohten Ordnung

Bis kürzlich war das „Weißbuch der Bundeswehr“ das ranghöchste sicherheitspolitische Dokument, in dem allgemeine Ziele und Interessen des Landes beschrieben wurden.

Diese Aufgabe hat inzwischen die im Juni 2023 veröffentlichte „Nationale Sicherheitsstrategie“ (NSS) übernommen, die sich nun an der Spitze der Dokumentenhierarchie sonnt. Als nächstes auf der Dokumentenleiter leiten die VPR aus der NSS (früher aus dem Weißbuch) immer noch relativ allgemein gehaltene militärische Aufgaben und daraus resultierende Erfordernisse für die Bundeswehr ab, die dann im Fähigkeitsprofil mit konkreten Zahlen unterlegt werden.⁴

Richtungweisend ist also die am 14. Juni 2023 erschienene Nationale Sicherheitsstrategie „Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig“, die sich vor allem darum dreht, wie alle gesellschaftlichen Teilbereiche zur „Verteidigung“ der – westliche und nicht zuletzt deutsche Interessen sichernden – „Regelbasierten Internationalen Ordnung“ beitragen können. Auf diese Ordnung erfolge ein Angriff seitens autoritärer Staaten, der zurückgeschlagen müsse, so die Kernaussage des Dokumentes.⁵ Folgerichtig lassen sich schon seit Jahren auf allen möglichen Gebieten (Handel, Technologie, Aufrüstung...)

1 Die letzte VPR stammt aus dem Jahr 2011 (vorherige Versionen: 1972, 1979, 1992 und 2003). <https://crp-infotec.de/bundeswehr-grundlagendokumente/>

2 Einen „Mentalitätswechsel in der Gesellschaft“ mahnte Verteidigungsminister Boris Pistorius in einem ZDF-Interview (29.10.2023) an: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, und das heißt, wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

3 Pistorius, Boris/Breuer, Carsten: Die Bundeswehr definiert ihre Rolle neu: Wir müssen Rückgrat der Abschreckung in Europa sein, *Tagesspiegel*, 9.11.2023.

4 „Die strategisch-konzeptionellen Vorgaben bilden den wesentlichen Rahmen für die Weiterentwicklung der Bundeswehr und die Nationale Ambition, die mit dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr definiert wird.“ (VPR: 23)

5 Wagner, Jürgen: Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie. Wehrhaft! Wertebasiert? Interessengeleitet! IMI Standpunkt 2023/022.



Adbusting-Aktionen zur Bundeswehr-Plakatkampagne in Berlin Mai 2021

missverständlich Priorität eingeräumt wird: „Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Landes- und Bündnisverteidigung, alle Aufgaben ordnen sich diesem Auftrag unter.“⁹ Dementsprechend heißt es auch in den VPR: „Der Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ist in allen Planungskategorien handlungsleitend für die Bundeswehr. Er ist zudem bestimmend für Selbstverständnis, Struktur, Funktionalität, Multinationale Kooperationen, Ausbildung und Übungen [...] Damit ist zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung für die Bundeswehr strukturbestimmend.“ (VPR: 24 und 9)¹⁰

Russland, Russland, Russland (und auch China und darüber hinaus)

Wie ebenfalls schon in der NSS vorgebracht und angesichts der aktuellen Lage auch wenig überraschend, wird Russland mit großem Abstand als der Hauptgegner identifiziert: „Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat den Krieg nach Europa zurückgebracht. Der damit verbundene Angriff auf die europäische Sicherheitsarchitektur und die internationale regelbasierte Ordnung ist eine Zeitenwende mit Auswirkungen weit über den europäischen Kontinent hinaus. Die Russische Föderation bleibt ohne einen fundamentalen inneren Wandel dauerhaft die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum.“ (VPR: 9)

Aufgrund dieser Bedrohungsanalyse liegt es nahe, die NATO, deren Aufgabe seit eh und je die Bekämpfung Russlands ist, und ihre Kapazitätsplanung als wesentlichen Orientierungspunkt für die Bundeswehr heranzuziehen. Der Umfang der Fä-

immer schärfere Großmachtkonflikte beobachten.⁶

Hier setzen dann auch die VPR ein, wenn Pistorius und Breuer in ihrem Vorwort betonen: „Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Deutschland und seine Verbündeten müssen sich wieder mit einer militärischen Bedrohung auseinandersetzen. Die internationale Ordnung wird in Europa und rund um den Globus angegriffen. Wir leben in einer Zeitenwende.“ (Vorwort VPR: 4)⁷ Deutschland sei hier als „Rückgrat der Abschreckung“ gefordert, dieser Herausforderung buchstäblich an vorderster Front zu begegnen – und damit dem seit langem erhobenen Anspruch als weltweite Führungsmacht⁸ auch endlich gerecht zu werden: „Diese Zeitenwende verändert die Rolle Deutschlands und der Bundeswehr fundamental. Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich starkes Land in der Mitte Europas tragen wir Verantwortung.“ (Vorwort VPR: 4)

Strukturbestimmende Großmachtkriege

Nachdem die Bundeswehr jahrzehntelang auf einen Krieg gegen die Sowjetunion ausgerichtet war, änderte sich ihr Auftrag in den 1990er Jahren recht grundlegend – fortan rückten Militäreinsätze gegen kleinere Gegner ins Zentrum der Planungen. Folgerichtig wurde schnell nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges damit begonnen, schwere Großverbände durch leichtere und schnell verlegbare Einheiten zu ersetzen. In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des Jahres 2003 hieß es dazu: „Ausschließlich für die herkömmliche Landesverteidigung

gegen einen konventionellen Angreifer dienende Fähigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfelds nicht mehr benötigt. [...] Für die Bundeswehr stehen Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Unterstützung von Bündnispartnern, auch über das Bündnisgebiet hinaus, im Vordergrund. [...] Die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus, ist an die erste Stelle des Aufgabenspektrums gerückt.“

Das Weißbuch von 2006 setzte diese Entwicklung fort, erst mit der Neufassung von 2016 wurden die Prioritäten wieder geändert: Von da ab wurden Auslandsinterventionen und Großmachtkriegen dieselbe Bedeutung beigemessen. Nun verschiebt die Nationale Sicherheitsstrategie von 2023 die Konstellation erneut „zugunsten“ der Aufrüstung für Auseinandersetzungen mit anderen Großmächten (die etwas freundlicher als „Landes- und Bündnisverteidigung“ titulierte wird), der un-

6 „Den Versuchen, die Welt in Einflussphären einzuteilen, stellen wir das positive Modell einer solchen regelbasierten Ordnung entgegen. [...] Geprägt von ihrer Auffassung von systemischer Rivalität streben einige Staaten jedoch an, diese Ordnung zu untergraben und so ihre revisionistischen Vorstellungen von Einflussphären durchzusetzen.“ (Nationale Sicherheitsstrategie: Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig, 14.6.2023, S. 16 und 23)

7 „Wir müssen unsere Freiheit und Sicherheit gemeinsam mit unseren Verbündeten verteidigen können. Unsere Bereitschaft zur Verantwortung und unser Wille zur Gestaltung begründen unser starkes Engagement für die europäische Sicherheitsarchitektur und die internationale regelbasierte Ordnung – auch militärisch.“ (VPR: 9)

8 „Die Rolle Deutschlands als Anlehnungspartner für Verbündete ist weiter auszugestalten. Dabei ist die Übernahme von Führungsverantwortung so mit Fähigkeiten zu hinterlegen, dass sie anschlussfähig für Verbündete ist.“ (VPR: 25)

9 Nationale Sicherheitsstrategie: Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig, 14.6.2023,

10 „Wir richten die Bundeswehr wieder auf ihren Kernauftrag aus: Zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung.“ (Vorwort VPR: 4)



Soldatentag in Augustdorf am 16.5.2009 © Michael Schulze von Gläßer

higkeiten, die von den Einzelstaaten eingebracht werden sollen, wird in einem relativ komplizierten Verteidigungsplanungsprozess erhoben, dessen Ergebnisse dann wiederum maßgeblich auf die Bundeswehr zurückwirken: „Glaubwürdige Abschreckung und Landesverteidigung ist im Bündnisrahmen eingebettet. Die strategischen Vorgaben und Ergebnisse des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses (NATO Defence Planning Process (NDPP)) samt dem daraus abgeleiteten Gesamtfähigkeitsdispositiv der Allianz sind daher von grundlegender Bedeutung für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr.“ (VPR: 23) Das letzte Fähigkeitsprofil stammt aus dem Jahr 2018 und gab das überaus ambitionierte Ziel aus, der NATO bis 2027 einen und bis 2031 drei voll ausgestattete Großverbände mit jeweils 15.000 bis 20.000 Soldat*innen zur Verfügung zu stellen. Diese anspruchsvolle Zielvorgabe wurde inzwischen noch einmal verschärft, nachdem die NATO im Juni 2022 auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid ein neues Streitkräftemodell verabschiedet hat. Es sieht vor, ab 2025 innerhalb von 10 Tagen 100.000 und bis Tag 30 weitere 200.000 Soldat*innen abmarschbereit vorzuhalten. Die Bundeswehr hat in diesem Zusammenhang schnell zugesagt, 35.000 Soldat*innen zum neuen Streitkräftemodell beisteuern zu wol-

len und im Zuge dessen den Start des ersten Großverbandes von 2027 auf 2025 vorverlegt.¹¹

Zu diesen 35.000 Soldat*innen werden auch die dauerhaft in Litauen stationierten Bundeswehr-Truppen gehören. Erst Ende Juni 2023 kündigte Verteidigungsminister Pistorius an, die dortige Präsenz von Bataillonsstärke (1.000 bis 1.500 Soldat*innen) auf Brigadestärke ausbauen zu wollen. Am 6. November 2023 gab das Verteidigungsministerium weitere Details bekannt: Heißen soll die Truppe künftig „Panzerbrigade 42“ – ihre 4.800 Soldat*innen (plus 200 Zivillist*innen) sollen aus drei Bataillonen gebildet werden, dem Panzerbataillon 203 (Augustdorf) und dem Panzergrenadierbataillon 122 (Oberviechtach), ein drittes Bataillon soll scheinbar in Deutschland vorgehalten und durch niederländische und norwegische Kräfte ergänzt werden.¹²

Die Litauen-Brigade sei das Vorzeigeprojekt für Deutschlands „Führungswillen und Führungsverantwortung“ (Vorwort VPR: 4). Man sei nicht mehr wie im Kalten Krieg „Frontstaat“ – stattdessen begibt man sich nun an die Front, Dauerstationierungen im Ausland (mitsamt Familien und allem, was dazugehört) werden zum neuen Normal erklärt: „Gerade die Bundesrepublik Deutschland hat im Kalten Krieg als

„Frontstaat“ umfassend von der Präsenz der Verbündeten der Nordatlantischen Allianz (NATO) auf ihrem Territorium über Jahrzehnte profitiert. Umso mehr stehen wir heute in der Verantwortung, wesentliche Beiträge für den Schutz und die Sicherheit unserer Verbündeten zu leisten. Dies umfasst auch eine verstetigte Präsenz an der NATO-Außengrenze in neuer Qualität. Die permanente Stationierung einer Brigade in Litauen ist in der Geschichte der Bundeswehr ohne Präzedenz und ein wichtiges Signal für die gemeinsame Kraft der Allianz. Vornepräsenz wird künftig für die Angehörigen der Bundeswehr die Norm. Diese neue Rolle ist Ausdruck der strategischen Neuorientierung der Bundeswehr.“ (VPR: 9f)

Wie gesagt, das aus dem Jahr 2018 stammende Fähigkeitsprofil soll aktualisiert werden, ob es dabei aber zu einer erneuten Anhebung der Zielgrößen oder einer weiteren Beschleunigung der Zeitpläne kommt, ist mehr als fraglich, schließlich ist die Bundeswehr jetzt schon kaum in der Lage, die bereits gemachten Zusagen einzuhalten. Das rührt vor allem daher, dass einerseits der über Russland begründete Mehrbedarf nicht dazu führt, dass anderswo Aufgaben zurückgefahren würden und sogar zusätzlich neue Einsätze für die Bundeswehr hinzukommen.

So wird auch China immer offener als (militärischer) Gegner bezeichnet, auch in den VPR: „China ist gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Es versucht, die regelbasierte in-

11 Wagner, Jürgen: „Wir gehen de facto all in“. Deutschlands Beitrag zum neuen NATO-Streitkräftemodell, IMI-Standpunkt 2023/037.

12 Entscheidungen zur Brigade Litauen, bmvg.de, 6.11.2023.

ternationale Ordnung nach seinen Vorstellungen umzugestalten. Dabei beansprucht China zunehmend offensiv eine regionale Vormachtstellung und handelt immer wieder im Widerspruch zu unseren Werten und Interessen.“ (VPR: 10f.) Schon längere Zeit ist die Bundeswehr darum bemüht, mit Blick auf China ihre Präsenz im Indopazifik auszubauen,¹³ eine Region, der auch in den VPR große Bedeutung beigemessen wird. „Mit Blick auf den Erhalt und die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung kommt dem Indopazifik ein zunehmender Stellenwert zu.“ (VPR: 22) Aus diesem Grund sei es erforderlich, die „weltweite verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit bewährten Partnern, insbesondere im Indopazifik, vorrangig mit Mitteln der Verteidigungsdiplomatie, regelmäßiger militärischer Präsenzen, verlässlicher Rüstungskooperation und Fähigkeitsbildung zu vertiefen“ (VPR: 14).

Während also Einheiten und Gerät für kommende Großmachtkriege herangeschafft werden sollen, bedeutet das aus Sicht von Bundesregierung und Bundeswehr aber noch lange nicht, auf Auslandseinsätze gegen kleinere Gegner künftig zu verzichten. Das eine tun, ohne das andere zu lassen, heißt die Devise: „Aufgrund der komplexen und dynamischen Entwicklung unseres Sicherheitsumfelds muss unser internationales Engagement über die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit hinausgehen – ganz im Sinne des 360-Grad Ansatzes des Strategischen Konzepts der NATO und des Strategischen Kompasses der EU. [...] Unser verteidigungspolitisches Engagement im östlichen Mittelmeer, im Nahen und Mittleren Osten und auf dem afrikanischen Kontinent dient vorrangig dazu, den transnationalen Terror und Ursachen und Folgewirkungen staatlicher Fragilität zu bekämpfen sowie regionale Stabilität und das friedliche Zusammenleben der Menschen zu befördern.“ (VPR: 14)¹⁴

Taktgeber Kriegstüchtigkeit: Knete und Kanonenfutter

Wie beschrieben gilt nun die „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“, was laut VPR Folgendes bedeute: „Die neue Qualität der Bedrohung unserer Sicherheit und die brutale Realität des Krieges in der Ukraine verdeutlichen, dass wir unsere Strukturen und Prozesse am Szenario des Kampfes gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten müssen: Wir wollen diese Auseinandersetzung

nicht nur gewinnen, sondern wir müssen. Dies gibt den Takt vor.“ (VPR: 27)

Vor allem zwei Dinge würden benötigt, um künftige Auseinandersetzungen siegreich bestehen zu können: „Die Bundeswehr ist ein Kerninstrument unserer Wehrhaftigkeit gegen militärische Bedrohungen. Hierzu muss sie in allen Bereichen kriegstüchtig sein. Das bedeutet, dass ihr Personal und ihre Ausstattung auf die Wahrnehmung ihrer fordernden Aufträge ausgerichtet sind. Maßstab hierfür ist jederzeit die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht.“ (VPR: 9)

Was das Personal anbelangt, kämpft die Bundeswehr derart mit Rekrutierungsproblemen, dass die eigentlich vorgesehene Planung, den Umfang der Truppe von aktuell ca. 180.000 auf 203.000 Soldat*innen zu vergrößern, auch von bundeswehrrahmen Akteuren immer häufiger offen in Frage gestellt wird.¹⁵ Die Bedeutung von ausreichend Personal wird in den VPR dennoch deutlich betont, gleichzeitig aber auch auf die Probleme hingewiesen: „Unsere Auftragserfüllung hängt wesentlich davon ab, dass die erforderlichen personellen Voraussetzungen geschaffen werden. [...] Das Erreichen der erforderlichen personellen Zielumfänge wird auf absehbare Zeit eine der zentralen Herausforderungen der Bundeswehr sein.“ (VPR: 24 und 28) Eigentlich deutet dabei die Formulierung, man strebe „bestandserhöhende Maßnahmen“ (VPR: 29) an, dass der Umfang der Truppe weiterhin erhöht werden soll. Auf der anderen Seite wird gleich an mehreren Stellen auf das Potenzial der Reserve verwiesen, was bedeuten könnte, dass sie noch verstärkter herangezogen werden soll.¹⁶ Wohin hier die Reise schlussendlich gehen wird, bleibt noch abzuwarten. Was das Geld für die Ausstattung der Bundeswehr anbelangt, so bedient auch die VPR die Falschmeldung von der chronisch kaputtgesparten Truppe, wenn etwa eine „jahrzehntelange Unterfinanzierung“ (VPR: 27) und „Jahrzehnte der Einspa-

rungen“ (VPR: 30) beklagt werden. Abhilfe habe erst das Sondervermögen der Bundeswehr geschaffen, mit dem ab kommendem Jahr erstmals Militärausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreicht werden. Jetzt geht es interessierten Kreisen, u.a. den Autor*innen der VPR, darum, dass dieses Ausgabenniveau auch nach dem voraussichtlichen Ende des Sondervermögens 2027 oder 2028 beibehalten wird: „Zur Gestaltung der Zeitenwende bedarf es dafür dauerhaft mindestens 2% der nationalen Wirtschaftsleistung, die in die Verteidigung und insbesondere in die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr investiert werden. [...] Das Sondervermögen Bundeswehr ist ein wesentlicher Beitrag auf dem Weg, die NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen. Deren vollumfängliche Erfüllung hängt allerdings davon ab, dass auch nach Verausgabung des Sondervermögens Bundeswehr weiterhin die erforderlichen Mittel aus dem Bundehaushalt bereitgestellt werden.“ (VPR: 10 und 31)

Fazit

Im Endeffekt warten die verteidigungspolitischen Richtlinien aufgrund ihrer engen Anlehnung an die Nationale Sicherheitsstrategie mit wenigen Überraschungen auf. Das macht es allerdings auch nicht besser, zumal auch noch extrem martialische Töne wie „Kriegstüchtigkeit“, „Wehrhaftigkeit“, „Szenario des Kampfes“ und dergleichen die Begleitmusik liefern.

Jürgen Wagner
(Stand: 11.11.2023)

Nachdruck aus IMI-Standpunkte
42/2023

Wir danken dem Autor und der
Informationsstelle Militarisation (IMI)
e.V. für die Nachdruckerlaubnis
www.imi-online.de



13 Wagner, Jürgen: Indopazifik: Verstärkung der deutschen Militärpräsenz, IMI-Standpunkt 2022/035.

14 Der hier im Zitat erwähnte Strategische Kompass sieht die Bildung einer EU-Eingreiftruppe im Umfang von 5.000 Soldat*innen vor, mit der mittlere Einsätze auch unabhängig von der NATO durchgeführt werden können.

15 So zum Beispiel die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD): Wehrbeauftragte glaubt nicht an Aufstockungsziel der Bundeswehr, Spiegel Online, 9.9.2023.

16 Schon die bislang geplante Erhöhung auf 203.000 Soldat*innen sah einen Aufwuchs der Reserve auf 4.500 Reservist*innen vor. Siehe Haschke, Thomas: Zeitenwende ohne Personal, in: AUSDRUCK (März 2023), S. 9-12, S. 10

Chile

Das Ende des Verfassungsprojektes



Santiago, Oktober 2019

Am Tag vor dem Ende des chilenischen Verfassungsprojektes ist „Toni“ Negri gestorben. Das ist reiner Zufall, trotzdem erscheint der Zeitpunkt wie ein Symbol. Schließlich wurde dieses Projekt von einer Bewegung angestoßen, die der Ideenwelt dieses Theoretikers entstiegen sein könnte. An ihrer Geschichte kann man sehen, was seine Vorstellungen in der Praxis taugen.

Dafür muss man in den Oktober 2019 zurückgehen. Damals war eine geringfügige Fahrpreiserhöhung in Santiago der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Im ganzen Land gingen Hunderttausende auf die Straße. Sie protestierten gegen die Belastungen, die der Neoliberalismus für sie bedeutet.¹ Linke

Parteien und Organisationen spielten nur eine Nebenrolle. Ganz nach den Vorstellungen Negris, der, wie man in einem Nachruf lesen konnte, „anstelle kommunistischer Kader den kreativen Widerstand individualistischer „Aktivisten““ pries.²

Um die Lage zu beruhigen, verständigte sich der rechte Präsident mit der progressiven Opposition auf einen Fahrplan zur Erarbeitung eines neuen Grundgesetzes. Das war eine der Forderungen der Straße. Die aktuelle Konstitution stammt im Wesentlichen noch aus den Zeiten der Diktatur. Dort sind die neoliberalen Grundsätze verankert.

In das Gesetz für den Verfassungsprozess waren zwei Punkte integriert, die sich für alle Anhänger eines auf Solidarität basierenden Sozialstaats

als Fußangeln erweisen sollten. Anscheinend hatte niemand aus dem progressiven Lager die sich daraus ergebenden Konsequenzen gesehen. Der erste Punkt spricht allen Anhängern der direkten Demokratie aus der Seele. Bei der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung (VV) konnten in den Wahlkreisen auch lokale Initiativen Listen einreichen.

Doch zuerst musste geklärt werden, ob die Forderung nach einer neuen Verfassung überhaupt mehrheitsfähig ist. In der Volksabstimmung sprachen sich dann fast 80 Prozent dafür aus.³ Das sieht nach einer deutlichen Entscheidung aus. Doch verdeckt diese Zahl, dass sich, wegen der niedrigen Wahlbeteiligung, nur knapp 40 Prozent der Stimmberechtigten dafür ausgesprochen haben. Niemand, zumindest auf Seiten der Linken, hat dieses Ergebnis kritisch analysiert und Schlüsse daraus gezo-

1. ARSTI Nr. 206, S.13, *Die soziale Explosion in Chile*

2. *junge Welt*, 18.12.2023, S.11, *Zwischen Philosophie und Militanz*

3. ARSTI Nr. 210, S.31, *Chile nach dem Referendum*

gen. Am Ende ist die Geschichte aber so ausgegangen, wie es die bescheidene Zustimmung nahelegt: Alles bleibt beim Alten.

Die Basis der politischen Niederlage der Verfassungsbewegung bildete, in einer genialen Kombination mit der Zulassung lokaler Listen, die Wiedereinführung der Wahlpflicht. Sie wurde für das abschließende Plebiszit zur Inkraftsetzung des neuen Grundgesetzes festgelegt. Diese chilenische Tradition wurde vor einigen Jahren abgeschafft, nachdem man Verstöße schon lange nicht mehr ahndete. Inzwischen gilt sie wieder für alle Urnengänge, und Verstöße werden auch tatsächlich bestraft. Damit zwingt man die potenziellen Nichtwähler in die Wahllokale, wo diese dann eine Entscheidung treffen müssen.

Als nächstes stand die Wahl der VV an. Wegen der Corona-Pandemie hatte sich der gesamte Prozess verzögert, so dass sie erst im Mai 2021 stattfand. In der Zwischenzeit hatte die Coronapolitik des Präsidenten viele Rechte verärgert. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Wahlpflicht, weshalb ungefähr die Hälfte von ihnen zu Hause geblieben ist.⁴ Das führte zu einer vernichtenden Niederlage für diesen Sektor. Die Rechte verlor die Macht zum Veto, die sie seit dem Ende der Diktatur immer besessen hatte.

Die großen Gewinner waren die lokalen Listen von Umweltschützern, Feministinnen und vielen anderen. Aus der Ferne konnte man diese Kandidaturen nur schwer einer inhaltlichen Richtung zuordnen. Bei einem Teil von ihnen fand sich im Namen die Bezeichnung Lista del Pueblo (Liste des Volkes). Damit signalisierten sie eine Gewisse inhaltliche Übereinstimmung. Sie hatten ungefähr 16% der Wähler hinter sich, doch die Wahlbeteiligung lag bei nur 43,4 Prozent.⁵ Trotz dieser guten Verankerung war die Lista del Pueblo weder willens noch in der Lage, zu einer landesweit handlungsfähigen Kraft zu werden. Das zeigt ihr Versuch, in die Präsidentschaftswahlen von 2021 einzugreifen.⁶

In der VV wurden 65 Sitze von den Vertretern lokaler Listen gehalten, während 90 Sitze bei den traditionellen Parteien lagen. Davon entfielen nur 37 auf die Rechtsparteien. Am Ende mussten sich 2/3 der Delegierten auf einen Text einigen. Ergebnis war ein von den neuen politischen Akteuren und den traditionellen Parteien der linken Mitte und der Linken getragener Entwurf.

Von seinem sozialen Inhalt her war der Vorschlag mit dem deutschen Grundgesetz vergleichbar. Doch fanden sich auch viele progressive Anliegen, die für andere gesellschaftliche Gruppen eine Provokation darstellen.⁷ Der Publizist Jorge Baradit, auf dem Ticket der Sozialisten in die VV gewählt, gab nach der Niederlage zu Protokoll: „Wir haben alle bisher zum Schweigen gebrachten und abweichenden Stimmen aufgenommen, aber wir haben nicht vorhergesehen, wie sie in den Köpfen der Chilenen koexistieren werden.“

Anhand einer scheinbar harmlosen Vorschrift kann man das gut aufzeigen. Im Entwurf war die paritätische Besetzung aller öffentlichen Funktionen mit Frauen und Männern vorgeschrieben. Was bedeutet das für männliche Staatsangestellte, die in Abteilungen arbeiten, in denen Männer die Mehrheit stellen? Werden sie Ja zu einer Verfassung sagen, die in absehbarer Zeit zu ihrer Entlassung führt?

Aufgrund solcher Regelungen hatten die Parteien, die die Mitte-Links-Regierung Boric tragen, im Vorfeld erklärt, dass sie bei einer Annahme des Entwurfes die neue Verfassung in den parlamentarischen Gremien überarbeiten werden.

Im Wahlkampf stellte die Rechte die Übertreibungen in den Mittelpunkt. Daneben hat sie in den „sozialen Medien“ auch einfach gelogen. Ebenso nützte es ihr, dass sich einige Vertreter der lokalen Listen so benommen haben, als ob es sich um Karneval handele. Doch den Todesstoß erhielt die Arbeit der VV durch das Agieren des individualistischen Aktivisten Rodrigo Rojas

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 222 Winter 2023, 28 S.

- Das Erstarren der AfD
- Die Landtagswahlen in Bayern
- Unsere Jahreskonferenz 2023
- Partei Die Linke – Das Ende eines linken Projektes?
- Spaltprodukt BSW – Wohin geht die Reise?
- Die Wagenknecht-Partei und die Krise der Linken
- Der Globale Süden – die globale Wende?
- Der Gazakrieg

Nr. 221 Herbst 2023, 20 S.

- China, Feind und Partner im Wettbewerb. Alles klar?
- Die Legende vom deutschen Oktober 1923
- Was geht in Peru vor? Teil III
- Losurdos Blick auf die Friedensidee und ihre Folgen

Nr. 220 Sommer 2023, 28 S.

- Tarifrunden 2022/2023
- KPÖ erobert Landtag und hängt Grüne ab!
- SPÖ: Doskozil oder Babler oder doch umgekehrt?
- Die Linke kann erfolgreich sein
- Rüstungswahn und Rüstungsplan
- Was geht in Peru vor? Teil II
- Zur Wahl des Verfassungsrates in Chile
- Die Türkei nach den Wahlen

Nr. 219 Frühjahr 2023, 36 S.

- „Zeitenwende“ auch für die Wirtschaft?
- Die Seuche, der Krieg und die Reichen
- Was geht in Peru vor? Teil I
- Holodomor-Debatte
- Neues aus dem Vereinigten Königreich
- Das neue Bürger-Hartz – Viel Lärm um nichts
- Notizen eines kubanischen Sommers
- Rezension: „Gekränkte Freiheit“

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

4. ARSTI Nr. 212, S.23, Zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung in Chile

5. https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_de_convencionales_constituyentes_de_Chile_de_2021

6. ARSTI Nr. 215, S.22, Chile nach den Wahlen - Ein linker Erfolg?

7. ARSTI Nr. 217, S.22, Was ist da passiert? Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile

Vade. Er war einer der Vizepräsidenten des Gremiums und hatte sich als Krebspatient auf der Lista del Pueblo wählen lassen. Am Ende wiesen ihm Journalisten nach, dass er nicht an Krebs leidet. Er räumte das ein, aber seine tatsächliche Krankheit wollte er nicht nennen. Er hatte alle, einschließlich seines Partners, belogen.⁸ Damit verlor die VV weiter an Ansehen in der Bevölkerung. Laut Meinungsumfragen war im weiteren Verlauf das Misstrauen ihr gegenüber immer größer als das Vertrauen gewesen.

Am Ende stimmten dem Entwurf nur 38,1 Prozent⁹ bzw. 4.859.103 Wähler zu. Das war ungefähr eine Million weniger, als zwei Jahre früher für eine neue Verfassung votiert hatten.

Man kann feststellen, dass durch ein kreatives Jonglieren mit den gesetzlichen Vorschriften und einer entsprechenden Propaganda die Bourgeoisie ihre Dominanz über die gesellschaftliche Entwicklung aufrechterhalten konnte. Ihrer Rolle als herrschender Klasse ist sie damit gerecht geworden. Der kreative Widerstand individualistischer Aktivisten hat sie nicht entscheidend unter Druck gesetzt. Schlimmer noch, durch das Agieren der Vertreter der lokalen Listen verschafften sie der Rechten auch noch die Argumente.

Der zweite Anlauf

Doch damit war das Ganze noch nicht vorbei. Die Rechte hatte versprochen, sich im Falle einer Ablehnung für einen besseren Vorschlag einzusetzen. In den parlamentarischen Gremien einigte man sich daher auf einen weiteren Versuch. Er war so gestaltet, dass dem neu zu wählenden Gremium mit der Bei-

ordnung eines Expertengremiums von Beginn an sehr enge Grenzen gesetzt wurden.

Bei der folgenden Wahl für den Verfassungsrat (VR) stimmten die Anhänger der lokalen Listen ungültig. Ungefähr jeder zehnte Wahlberechtigte war auf diese Weise beleidigt, weil der erste Vorschlag keine Mehrheit gefunden hatte.¹⁰ Das wurde natürlich nicht so ausgesprochen. Wegen dieser massiven Abstinenz dominierten die Rechtsradikalen – sie wurden stärkste Partei – zusammen mit der traditionellen Rechten das Gremium.

Der unter dem Vorsitz einer jungen Rechtsanwältin ausgearbeitete Text blieb auch nach Korrekturen durch das Expertengremium ein identitätspolitisches Dokument von Rechtsaußen. Damit war im VR in etwa das passiert, was in der VV geschah, nur spiegelverkehrt. Dem politische Inhalt nach handelte es sich jetzt um eine Modernisierung bzw. Verschärfung der bestehenden neoliberalen Ordnung. In gesellschaftspolitischer Hinsicht war der Vorschlag noch konservativer, z.B. beim Thema Abtreibung.

Das Agieren der Rechten wurde sogar von einem Teil ihrer eigenen Leute kritisiert. So etwa von Evelyn Matthei, Tochter eines Generals der Militärjunta, Bürgermeisterin eines Stadtteils von Santiago und mögliche Präsidentschaftskandidatin: *„Im Rat gibt es keinen Geist, der versucht, sich um eine Verfassung zu bemühen, die für alle Sektoren akzeptabel ist. ... Wenn es so weitergeht, werde ich mein politisches Kapital nicht in die Verabschiedung dieser neuen Verfassung investieren“*¹¹

Entsprechend ermittelte eine Meinungsumfrage im November nur eine Zustimmung von 8%.¹² Doch die Bourgeoisie brachte ihre Akteure

Schritt für Schritt auf Linie. Schließlich verlieh das Online-Medium El Desconcierto Matthei die Goldmedaille im Purzelbaumschlagen. *„Matthei kündigt ihre Zustimmung zum Verfassungsvorschlag an, den sie so kritisierte.“*¹³ Am Ende schwenkten, abgesehen von Einzelpersonen, alle Rechtsparteien auf diese Linie ein. Das reichte bis zu den ehemaligen Christdemokraten.

Damit ergab sich die absurde Situation, dass alle linken Strömungen das Erbe des Diktators gegen seine Anhänger verteidigten. Das hat vielen nicht gefallen. Es war aber notwendig, um nicht in eine noch schlechtere Lage zu geraten.

Welche Bedeutung dieser Entwurf für die Bourgeoisie hat, kann man an ihrem Spendenverhalten ablesen. Die Stiftung SOL ermittelte auf der Basis von Zahlen der Wahlbehörde, dass 99,8 Prozent der Wahlkampfspenden an das Lager der Unterstützer ging.¹⁴ Darunter finden sich acht bekannte Unternehmer als Großspender.

Erfreulich, dass sich diese Mittel als Fehlinvestition erwiesen. Der Entwurf wurde von 55,8 Prozent der gültigen Stimmen abgelehnt. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,5 % und die Zahl der ungültigen Stimmzettel bei fünf Prozent. Bezogen auf alle Wahlberechtigten waren 44,7 Prozent dagegen. Damit lag dieser Block aber noch immer fast zehn Prozentpunkte vor den Ja-Stimmen, die nur 35,5 % erreichten.

Die Folgen dieses vier Jahre andauernden Prozesses finden sich in einer Veröffentlichung des Meinungsforschungsinstituts CADEM. Danach stimmen jetzt 50 Prozent¹⁵ der Aussage zu, dass *„sich nach zwei abgelehnten Verfassungsprozessen die aktuelle Verfassung legitimiert hat“*. Und 77 Prozent sind der Meinung, dass man die Verfassungsdiskussion beenden sollte.

Vor diesem Hintergrund fällt der Tod Negris mit dem Scheitern seiner Theorien zusammen. Wenn eine von ihm inspirierte Bewegung nicht nur nichts erreicht, sondern auch noch die Basis der kapitalistischen Herrschaft stärkt, ist klar, dass sie für fortschrittliche Bewegungen nichts taugt.

Emil Berger

8. ARSTI Nr. 215, S.22, Chile nach den Wahlen - Ein linker Erfolg?

9. Alle Ergebnisse, wenn nicht anders angegeben, nach: <https://www.servel.cl/centro-datos/resultados-electorales-historicos-gw3/>

10. Siehe den Anhang von: <https://www.arbeiterstimme.org/archiv/119-2023/nr-220/119-chile-zur-wahl-des-verfassungsrates>

11. <https://www.elciudadano.com/actualidad/ni-matthei-le-pone-fichas-a-la-constitucion-de-republicanos-va-derechito-al-fracaso-no-tiene-ninguna-probabilidad-de-aprobarse/09/25/>

12. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2023/11/20/batalla-por-indecisos-53-en-duda-30-en-contra-y-8-a-favor-de-nueva-constitucion.html>

13. <https://www.elciudadano.com/chile/medalla-de-oro-en-volteretas-matthei-anuncia-que-votara-a-favor-de-la-propuesta-constitucional-que-tanto-critico/10/25/>

14. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2023/11/29/fundacion-sol-alerta-a-favor-acumula-998-de-mayores-aportes-a-campanas-del-plebiscito.html>

15. <https://cadem.cl/wp-content/uploads/2023/12/Track-PP-519-Diciembre-S3-VF.pdf>

Alles oder Nichts

Jeder Tag, den Kuba übersteht, ist ein Sieg

Cada día de Cuba una victoria, so titulierte ein kubanischer Journalist seinen Artikel. Das ist ein Gefühl, das viele Kubaner nachvollziehen können, wenn es ihnen gelungen ist, ihren Arbeitsplatz zu erreichen und auch für den Rückweg der Bus gekommen ist, wenn die Suche nach Piccadillos, eine Art Gehacktes in Wurstform, das man als Brotaufstrich aber auch für Hamburger u. ä. verwenden kann, erfolgreich war, wenn dann auch noch die Nachbarin ihr altes Brot vorbeigebracht hat, und man daraus die allseits beliebten Krokettchen machen kann, dann hat man wieder einen Tag geschafft und die Familie ist zufrieden. Aber die Schwierigkeiten des Alltags meistern müssen natürlich nicht nur Kubanerinnen und Kubaner. Für die Mehrheit des globalen Südens ist der Alltag kein Honigschlecken, sondern ein stetiger Kampf ums Überleben und wenn man sich die Zeltstädte in Los Angeles oder Brüssel ansieht, um nur zwei Beispiele zu nennen, scheint das zunehmend auch auf immer mehr Menschen im Norden zuzutreffen.

Dennoch ist in Kuba alles anders. Hier geht es darum, ein sozialistisches Projekt zu verteidigen. Hier geht es aber auch um Alles oder Nichts. Wenn die Revolution zusammenbrechen würde, gäbe es kein Kuba mehr. Die USA würden das Land übernehmen, ein Blutbad anrichten und Generationen von Kubanern müssten die Schulden bezahlen, um die angeblichen Verluste zu begleichen, die US-Amerikanern und den in den USA lebenden

HABLARA MAÑANA FIDEL
NACIONALIZAN LOS BANCOS Y 382 GRANDES EMPRESAS

NOTICIAS DE **HOY**
 (UN DIARIO AL SERVICIO DEL PUEBLO)
 LA HABANA, VIERNES 14 DE OCTUBRE DE 1960 PRECIO: 5 CENTAVOS
 AÑO XXII - No. 240 TERCERA EPOCA Segunda Edición

VEA "La verdad de Cuba", por Blas Roca
 Página tres

PASAN A LA NACION

105 centrales azucareros
 50 fábricas textiles
 8 empresas de ferrocarril
 11 circuitos cinematográficos
 13 tiendas por departamentos
 16 molinos arroceros
 6 fábricas de bebidas alcohólicas
 11 tostaderos de café
 47 almacenes comerciales
 6 fábricas de leche condensada

Entsprechend dem Programm der Moncada erließ die Revolutionäre Regierung zum Wohle der Allgemeinheit die Gesetze zur Verstaatlichung Foto: Archiv Granma

Günstlingen der Batista-Diktatur durch die Verstaatlichungen entstanden sind. Dabei sei hier noch einmal erwähnt, dass die Verstaatlichungen gemäß dem Völkerrecht von statten gingen – die USA aber, im Gegensatz zu anderen Ländern, eine Entschädigung für enteignetes Eigentum immer abgelehnt haben. Ein US-Prokonsul würde das Land übernehmen und die Blockade ginge weiter, bis alle früheren Besitzer wieder ihren ehemaligen Besitz übernommen hätten und für die ihnen in den fünfundsiebzehn Jahren der Revolution entgangenen Verluste entschädigt worden wären. Das alles ist US-Gesetz, das kann man im Helms-Burton-Gesetz nachlesen. Deswegen ist es auch so wichtig, dass hier alle an einem Strang ziehen. Während es fast überall sonst auf der Welt das Problem jedes Einzelnen ist, ob er genug zu essen hat, ist es hier ein nationales Problem. Das Grund-

nahrungsmittel hier ist Reis. Sin arroz no hay comida – ohne Reis ist das Essen kein Essen, wie es einmal einer unserer Freunde ausgedrückt hat. Da man es hier aber – aus welchen Gründen auch immer – bis jetzt nicht geschafft hat, den Bedarf der Bevölkerung an Reis auch nur annähernd durch eigenen Anbau zu decken, muss man ihn importieren. Jedem Kubaner und jeder Kubanerin stehen eigentlich auf Libreta sieben subventionierte Libras – eine Libra hat etwa vierhundertdrei- undfünfzig Gramm – zu. Dafür müssen viele Tonnen importiert werden. Da man für diese vielen Tonnen aber auch entsprechend Devisen braucht, kann man sie oft nur häppchenweise

kaufen. Die Läden, die sogenannten Bodegas, werden dann auch nur mit Teilmengen beliefert, so dass die Leute mehrmals hinlaufen müssen, um an ihre sieben Libras zu kommen. Es kann aber auch vorkommen, dass man sie nicht ganz bekommt oder erst im nächsten Monat. Jeder verfolgt also gebannt, ob genug Devisen da sind, um Reis zu kaufen und ist beruhigt, wenn versichert wird, dass die sieben Libras für den Monat November garantiert sind.

Mit der gleichen Spannung wird die Ankunft der Tanker mit Benzin verfolgt. Alle waren damals sauer, als der Wirtschaftsminister im Fernsehen Anfang Oktober sagte, die Lage werde sich entspannen, es komme ein Tanker und sich dann die Lage richtig zuspitzte. Wie der Präsident später in einem Interview erklärte, sei der Tanker auch wie geplant angekommen, aber er blieb zunächst in Wartestellung auf See,

da man hier erst die nötigen Devisen zusammenkratzen musste.

Man könnte die Beispiele beliebig fortführen etwa mit dem Brot, dessen Qualität immer schlechter wird, da Weizen auf dem Weltmarkt immer teurer wird, zu wenig Weizenmehl da ist und sicher auch etwas auf dunklen Kanälen verschwindet. Weizen kann man wohl in Kuba nicht anbauen, aber anscheinend lässt sich ein passables Mehl mit Mais- und Maniokpulver herstellen, aber dafür braucht man bestimmte Mühlen, von denen es nicht genügend gibt. Man versucht den Anbau von Mais und Maniok zu verstärken, aber da alles agroökologisch ist, weil es keinen Dünger gibt, halten sich die Erträge in Grenzen.

Aber letztendlich steht immer die Idealvorstellung dahinter, dass alle gleich wenig oder gleich viel haben sollen. Das war zu Zeiten der Sonderperiode auch mehr oder weniger der Fall, als wirklich das Wenige, was es gab, gleichmäßig verteilt war und die Zahl der Privilegierten, die Zugang zu Devisen hatten, relativ gering war. Inzwischen ist es aber nicht mehr so und das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Offiziell heißt es zwar immer, dass die Blockade gescheitert ist und das war auch die Diktion der USA zu Zeiten der Obama Regierung. Es ist richtig, dass die Blockade ihr Endziel, den Sturz der Regierung, nicht erreicht hat. Aber sie hat sehr wohl erreicht, dass Kuba nicht die Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit aufbauen konnte, die es sich vorgenommen hatte. Sie hat sehr wohl erreicht, dass viele Menschen müde geworden sind und ihren Mut verloren haben – und sie hat erreicht, dass es solche gibt, die arbeiten und sich etwas leisten können, solche, die hart arbeiten, und sich nichts leisten können und solche, die nicht arbeiten und sich trotzdem viel leisten können.

Die Regierung kämpft weiter ihren erbitterten Kampf für eine gerechte, für eine sozialistische Gesellschaft, aber es ist ein Kampf, der an vielen Fronten gefochten werden muss und zwangsweise Maßnahmen einschließt, die einen Schritt zurück vom Ideal sind, aber notwendig sind, um das Projekt als Ganzes zu retten. Eine dieser Maßnahmen sind die Mipymes, auf deutsch KKMU.

Ein Teil der Bevölkerung gibt diesen Mipymes die Schuld an der Inflation und an allen sozialen Asymmetrien, die es zur Zeit gibt, der andere Teil sieht in ihnen die Möglichkeit, der Wirtschaft einen Impuls zu geben, Arbeitsplätze und Reichtum zu schaffen. Den Reichtum, den man dringend braucht, wenn man etwas



verteilen möchte.

Die Mipymes, also diese mikro, kleinen und mittleren Unternehmen sind in der Verfassung als neue Wirtschaftsakteure des Landes anerkannt, aber sie sind zu einer denkbar ungünstigen Zeit entstanden, sowohl was die wirtschaftliche Situation in Kuba als auch weltweit angeht. Sie haben allerdings 189.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Viele sind aber besorgt ob der schiereren Menge dieser Unternehmen, die in so kurzer Zeit entstanden sind, so dass sie, was die reine Zahl angeht, die staatlichen bereits übertreffen. Sie sehen das als eine Gefahr für das sozialistische Modell, sie haben Angst, dass die Wirtschaft privatisiert wird. Nun werden hier ja nun keine staatliche Unternehmen in Kuba in private Hände übergeben, man hat nur das Konzept geändert, dass nur staatliche Unternehmen sozialen Fortschritt bringen können. Wichtig ist, dass es immer noch der Staat ist, der die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt und daran die verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure beteiligt. Die Menschen beschwerten sich auch, dass die Mipymes für Waren

und Dienstleistungen oft überhöhte Preise verlangen und diese Klage kommt nicht von ungefähr. Nun hat die vom Staat durchgeführte monetäre Neuordnung im staatlichen Sektor die Preise höher ansteigen lassen als erwartet und die Tatsache, dass es keinen offiziellen Devisenmarkt gibt, zwingt die MIPYMES auf den informellen Markt zurückzugreifen, wenn sie an Devisen kommen wollen, und die hohen Wechselkurse dort sind allgemein bekannt. Die Preise, die sie für ihre Waren verlangen, sind dann entsprechend hoch – insbesondere, wenn dann die neuen Waren wieder mit auf dem informellen Markt umgetauschten Devisen eingekauft werden müssen.

Selbst wenn es den MIPYMES gelingen sollte, Waren oder Dienstleistungen zu exportieren, was sowieso nicht alle machen könnten, wäre das Geld, das auf ihren Konten eingeht, in MLC. Damit können sie zwar in Kuba einkaufen, aber keine internationalen Transaktionen tätigen.

Hinzu kommt, dass die Angebote aus staatlichen Unternehmen sehr reduziert sind, so dass die MIPYMES sich keiner Konkurrenz gegenübersehen. Gleichzeitig gibt es aber eine enorme Nachfrage. Wenn es nun schon nicht genügend Produkte aus staatlichen Betrieben gibt, die in Konkurrenz zu den MIPYMES treten könnten, so können eigentlich nur immer mehr MIPYMES, die dann gegeneinander in Konkurrenz treten, zur Preissenkung beitragen.

Ganz sicher gibt es MIPYMES, die überhöhte Preise fordern, aber das gibt es auch bei staatlichen Betrieben, wie Präsident Díaz-Canel deutlich machte. In solchen Fällen muss der Staat eingreifen.

Fakt ist aber, dass die Preise für Rentner und Durchschnittskubaner hoch sind, nicht weil die MIPYMES böswillig sind, sondern weil die Lage so ist, wie sie ist. Fakt ist außerdem, dass all jene, die dort nicht kaufen können, frustriert sind und dies dem Projekt nicht förderlich ist. Fakt ist aber auch, dass, wenn man jetzt etwas braucht, seien es Joghurt, Mehl, Toilettenpapier, Bier oder was auch immer, man es in den MIPYMES findet. Das erleichtert das Leben für viele Kubaner, denn selbst, wenn man nicht so viel verdient und man etwas Bestimmtes haben möchte,

kann man es sich in den MIPYMES besorgen.

Es ist alles eine Gratwanderung und alle Maßnahmen, die getroffen werden, müssen immer genau beobachtet werden, um dann in der Realität entscheiden zu können, ob sie rückgängig oder abgeändert werden müssen, weil die Nachteile für die Gesellschaft größer sind als die Vorteile.

Wir haben so viel ertragen und gekämpft und jetzt sind wir wieder in solch einer Lage, hat mir eine Freundin gesagt.

Besonders frustrierend ist, dass es nach dem absoluten Tiefpunkt der Sonderperiode wieder aufwärts gegangen ist und man optimistisch in die Zukunft blickte und man jetzt wieder an einem kritischen Punkt angelangt ist.

Und der Kampf findet wirklich an allen Fronten statt und es ist fast unglaublich, dass er oft nicht nur nicht aufgegeben, sondern auch noch gewonnen wird. Eine dieser Fronten verläuft im Sport. So haben in weniger als vierzehn Tagen

bei Meisterschaften, die in Kanada stattfanden, unter anderem drei Judoka die Mannschaft verlassen: Zamarit Gregorio (48 kg), Yurisleidy Hernández (52 kg) und Arnaes Odelín (57 kg). Das alles ereignete sich kurz vor den Panamerikanischen Spielen in Santiago de Chile, die in Kuba eine große Rolle spielen und mit Begeisterung verfolgt werden. Nun hätte man meinen können, dass damit dieser Disziplin bei den Spielen in Chile ein tödlicher Schlag versetzt wurde. Dem war aber mitnichten so, man schlug dort sogar die USA und Brasilien und gewann den Mannschaftswettbewerb, bei dem sogar eine fehlende Gewichtsklasse mit der äußersten Hingabe des gesamten Teams ausgeglichen wurde.

Eine andere Front spielt sich in der Kultur ab. Ein Skandal, der es weltweit in die Medien schaffte, war der Auftritt eines als Hitler verkleideten jungen Mannes im Maxim Rock in Havanna, der dann auch noch einen Preis gewann. Da haben sich viele zum einen die Frage gestellt, warum eine staatliche Einrichtung überhaupt Halloween-Partys veranstaltet, da Halloween nun so gar nichts mit der kubanischen Kultur zu tun hat und auch nichts ist, was sich für einen Kulturaustausch mit den USA eignet. Zum anderen – und das ist noch viel Erschreckender – warum haben die Veranstalter den Mann reingelassen und warum haben ihm dann auch noch die Massen dort zugejubelt? Hinzu kommt, dass bekannt wurde, dass in Argentinien auf einer privaten Halloween-Veranstaltung ein Hitler-Maskierter sofort von der Security entfernt wurde und in Argentinien soll es doch einige Faschisten geben.

Was ist hier schief gelaufen? Wie konnten wir so im Bildungs- und Kulturbereich versagen? Dazu schrieb Pedro Jorge Velazquez in Cubadebate: Kulturelle und ideologische Kämpfe werden nicht per Dekret gewonnen, aber zu der überwältigenden und beherrschenden Macht der imperialen Kultur, der mit ihr verbundenen Praktiken und ihrer märchenhaften Verbreitungskanäle sollte nicht noch hinzukommen, dass ihr Raum gegeben wird, um in unseren Ländern Fuß zu fas-

sen, unsere Köpfe zu kolonisieren, unsere Kultur zu entwürdigen und unsere Werte zu pervertieren.

Gibt es die Hoffnung, dass Kuba diesen Kampf, der ihm an allen Fronten – Wirtschaft, Handel, Finanzen, Ideologie, Kultur, Sport etc. aufgezwungen wird, irgendwann gewinnt oder zumindest seine Position verbessert? Hier hat man ja lange gehofft, dass nach dem Alptraum von Trumps zweihundert-dreiundvierzig Maßnahmen und der Aufnahme in die Liste der Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen, alles nur besser werden könne. Aber inzwischen ist mehr als deutlich geworden, dass wir unsere Politik in keiner Weise auf die USA ausrichten dürfen. Darauf zu hoffen, dass die USA uns einmal wohlgesonnener werden, würde uns nur davon abhalten, nach wirklichen Alternativen zu suchen. Wir können uns nur aus der Strangulierung befreien, wenn wir uns mit dem globalen Süden, mit anderen Sanktionsgeschädigten zusammenschließen, um mit ihnen gemeinsam zu versuchen, den Klauen der USA zu entkommen. Dass man sich auf diesem Weg befindet, zeigen die Besuche von Präsident Díaz-Canel in Asien und Afrika und die Gegenbesuche der Führung dieser Länder in Havanna.

Gipfel der G 77 + China in Havanna

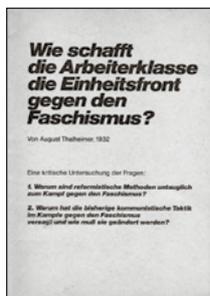
Der BRICS- Gipfel in diesem Jahr in Südafrika hat ein weltweites Medienecho hervorgerufen und war ein Meilenstein, was die internationalen Beziehungen angeht. Besonders bedeutsam war hier der Reserve- und Stabilisierungsfonds der neuen Entwicklungsbank, die den Finanzierungsbedürfnissen der Entwicklungsländer entgegenkommt und eine Alternative zur Kreditvergabe darstellt, wie sie von den multinationalen Finanzinstituten gehandhabt wird.

Der kubanische Präsident Díaz-Canel war auch dort, hat eine Rede gehalten und ist am Rande des Gipfels unter anderem mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jin Ping und dem Präsidenten des Gastgeberlandes Cyril Ramaphosa zusammengetroffen. Kuba war zu diesem wichti-

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

gen Gipfel in seiner Eigenschaft als pro tempore Vorsitzender der G 77 + China eingeladen.

Kurze Zeit später fand dann der G 77 Gipfel „Aktuelle Herausforderungen der Entwicklung: Die Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation“ in Havanna statt. In den schwierigen Zeiten, die Kuba durchlebt, war es natürlich eine Herausforderung, Gastgeber für eine solch große Zahl von Präsidenten, Regierungschefs und hochrangigen Vertretern aus Ländern, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu sein und ein solch bedeutsames Ereignis auszurichten.

Alle Fünf-Sterne-Hotels der Hauptstadt wurden besichtigt und wenn für gut befunden, zur Einquartierung der hohen Gäste freigegeben. Ihnen war schon vorher bekanntgegeben worden, dass dies kein luxuriöser Gipfel sein werde, aber am Ende äußerten alle,

wie zufrieden sie waren und wie gut organisiert alles gewesen sei. Die Atmosphäre war dann auch sehr entspannt und die Präsidenten genossen es, abends nach getaner Arbeit in Straßencafés in der Umgebung ihres Hotels zu sitzen, relaxed und ganz ohne Bodyguards.

„Jetzt ist der Süden an der Reihe, die Spielregeln zu verändern“, sagte der kubanische Präsident auf diesem Gipfel von Havanna, bei dem mehr als 1.300 Teilnehmer aus 116 Ländern anwesend waren, die insgesamt 80 Prozent der Weltbevölkerung vertreten. 33 hochrangige Vertreter aus lateinamerikanischen und karibischen Ländern, 46 aus Afrika, 34 aus Asien und drei aus anderen geografischen Regionen kamen in die kubanische Hauptstadt. Havanna war in diesen Tagen wirklich die Hauptstadt des Globalen Südens.

Die G 77 entstanden 1964 im Rahmen der Blockfreien. Später kamen immer mehr Länder hinzu,

aber man behielt den Namen bei. Heute sind dort 134 Länder vertreten. 1992 schloss sich China an.

Es ging den Staaten zunächst nicht darum, das bestehende System zu verändern. Man wollte nur den Nord-Süd Verhandlungen neuen Schwung verleihen, sagte der herausragende Diplomat Abelardo Moreno Fernández in einem der Zeitung Granma gewährten Interview. Anfang der 1970er Jahre, als der Prozess der Entkolonisierung bereits fortgeschritten und alle internationalen Initiativen zur Entwicklung dieser Länder gescheitert



waren, hätten sich innerhalb der Gruppe der 77 Zweifel an der Beibehaltung des vorherrschenden Entwicklungsmodell geregt. Ihnen sei allmählich klar geworden, dass die Institutionen des einst von den entwickelten kapitalistischen Ländern geschaffenen Wirtschaftssystems, dazu dienten, deren Interessen zu befriedigen, sie aber die besonderen Bedingungen der unterentwickelten Länder völlig ignorierten. Sie wurden weiter in Armut und Abhängigkeit zurückgelassen. Man erkannte, dass die Wirtschaftsordnung grundlegend verändert werden müsse. „Nachdem die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung von der Bewegung der Blockfreien vorgeschlagen worden war, wurde dies das Hauptziel der Gruppe der 77“, sagte er.

Laut Abelardo Moreno treffen in dieser heterogenen Gruppe verschiedene Ideologien und Weltanschauungen zusammen, so dass man Schwierigkeiten hatte, sich bei

den grundlegenden Problemen zu einigen, und man nur Minimalforderungen beschließen konnte, mit denen die wirklichen Probleme der Länder nicht zu lösen waren. Das Haupthindernis bei der Verwirklichung des Ziels der Gruppe der 77, einen starken Nord-Süd-Dialog zu entwickeln, der konkrete Probleme lösen würde, seien die Vereinigten Staaten. Dort wolle man nämlich, dass jede dort zu treffende Entscheidung zunächst über den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank laufe und deren Empfehlungen berücksichtigt, Empfehlungen, die

natürlich immer den Interessen der westlichen Welt entsprechen. „Dieser Mangel an Fortschritten im Nord-Süd-Dialog veranlassete die G77, sich zunehmend auf die Süd-Süd-Zusammenarbeit zu konzentrieren, die von den westlichen Industrieländern nicht direkt neutralisiert werden kann“, führte er aus.

Diese sei aber auf große Hindernisse gestoßen. Abelardo Moreno nannte drei davon, die von grundlegender Bedeutung waren: Erstens wurde von den Vereinigten Staaten und Gruppe der Sieben und auch von einigen neoliberalen Denkfabriken vorgeschlagen, „dass die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung verschwinden müsse, weil sie ein Instrument in den Händen der Gruppe der 77 sei. Und sie gingen noch weiter: die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung müsse ebenfalls verschwinden.“

Das koloniale Erbe, das zur Konsolidierung einer internationalen Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie führte, war genauso ein Hindernis wie das Fehlen einer Kommunikationsinfrastruktur, einer Infrastruktur für Finanzierung, um Handels- und andere Beziehungen auf Süd-Süd-Ebene wirklich zu fördern.

Abelardo Moreno hob als eine weitere Hürde die Schaffung von diversen Unterabteilungen der Gruppe hervor: z. B. Gruppe Inselländer, Gruppe Binnenländer etc. Auch wenn er sieht, dass es jeweils verschiedene Bedürfnisse gibt, habe dies aber die Gruppe atomisiert. Er erinnerte, an die Stärke, die die große Mitgliederzahl darstelle. In den 1970er und im größten Teil 1980er Jahren habe dies unter dem Einfluss der blockfreien Länder ermöglicht, dass die G 77 in der Lage war, „jede Entscheidung durchzusetzen. In den Vereinten Nationen wurde sie als Dampfwalze bezeichnet, und die Länder der Gruppe der 77 waren, wenn sie beschlossen, gemeinsam zu handeln, wirklich wie eine Dampfwalze“.

Jetzt, bei dem Gipfel in Havanna, wurde eines deutlich: Die Länder wollen dringend, eine umfassende Reform der internationalen Finanzarchitektur. Das ging aus praktisch allen Reden der in Havanna vertretenen Präsidenten und Delegationsleiter hervor. Sie alle fordern eine stärkere Vertretung der Entwicklungsländer in den globalen Entscheidungsgremien und dadurch auch einen besseren Zugang zu Wissenschaft, Technologie und Innovation. Sie wollen nicht mehr, dass die USA und deren Verbündete Politik, Wirtschaft und Finanzen steuern und aus dieser Macht heraus nach Belieben Sanktionen verhängen und die Souveränität der Staaten untergraben können.

Auch UNO- Generalsekretär Gutierrez, der an dem Gipfel teilnahm, hob dessen Bedeutung für die Vereinten Nationen hervor. Er hofft, dass die Stimme des globalen Südens einen starken Impuls für die notwendigen Reformen in der UNO und in der internationalen Finanzarchitektur leistet. Er sagte, dass die Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden seien, als es viele Länder, die heute Mitglieder der UNO seien, überhaupt noch nicht gab und ihre Stimme folglich nicht gehört wurde.

Die Erklärung von Havanna ist das genaue Gegenstück zu der von den USA errichteten Ordnung, die die Welt in Blöcke aufteilt, extrem polarisiert, ungerecht gegenüber den Entwicklungsländern ist und

im Sinne der hegemonialen Interessen der USA funktioniert.

Dort wurde auch die Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation als Säulen für ein anhaltendes Wachstum der Länder des Südens hervorgehoben und die Unterstützung der entwickelten Länder eingefordert, die ihre historischen Verpflichtungen erfüllen müssten.

Vor allem war der Gipfel ein Impuls für die Süd-Süd-Kooperation, um sich gegenseitig zu ergänzen mit Ressourcen und Know how, damit die Länder des Südens die gemeinsamen Herausforderungen bewältigen können.

Die von allen verabschiedete Erklärung von Havanna wendet sich auch gegen die Auferlegung von Gesetzen und Regelungen die einen extraterritorialen Charakter haben, sowie gegen die einseitigen Sanktionen gegen Entwicklungsländer und fordert deren sofortige Aufhebung.

Man kam außerdem als Teil des Aktionsplans überein, den Präsidenten der Generalversammlung zu bitten, im Rahmen der achtzigsten Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung ein hochrangiges Treffen zu Wissenschaft, Technologie und Innovation für die Entwicklung einzuberufen, das seinen Schwerpunkt auf denjenigen Maßnahmen haben soll, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer in diesem Bereich entgegenkommen. Man verpflichtete sich auf nationaler und internationaler Ebene, die in der Erklärung enthaltenen konkreten Maßnahmen durchzuführen, bekräftigte den Beschluss, die Arbeit des Konsortiums Wissenschaft, Technologie und Innovation für den Süden (COSTIS) wieder aufzunehmen und forderte die Mitglieder der Gruppe dazu auf, Strategien zu entwickeln, um ein wirksames Funktionieren zu garantieren.

Im Anschluss an den Gipfel begab sich der kubanische Präsident nach New York, um in der UNO-Vollversammlung im Namen der G77 + China zu sprechen und die Ergebnisse des Gipfels zu erläutern. Eines steht fest, ganz im Gegensatz zu der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz oder der des Präsidenten Selensky, war das Auditorium

bei der Rede von Präsident Díaz-Canel gut gefüllt.

Jetzt bleibt abzuwarten, ob sich die G77 + China wieder als Dampfwalze bewährt, um die Ergebnisse des Gipfels durchzusetzen.

Der erfolgreiche Gipfel hat die Einheit der G77 deutlich gemacht. Das kann man auch daran anerkennen, dass anders als bei G 7 und ähnlichen Treffen, die Abschlusserklärung, die Erklärung von Havanna, von allen unterzeichnet wurde und das Gruppenbild all dieser Staats- und Regierungschef und hochrangigen Persönlichkeiten war wirklich beeindruckend.

Entgegen aller Bemühungen der USA, Kuba zu isolieren, wurde die revolutionäre Regierung bei der Durchführung des Gipfels von allen der G77 Ländern unterstützt. Alle bedankten sich für die hervorragende Organisation und den guten Verlauf des Treffens, das hoffentlich ein Meilenstein für das Erreichen der legitimen Forderungen der Entwicklungsländer darstellt.

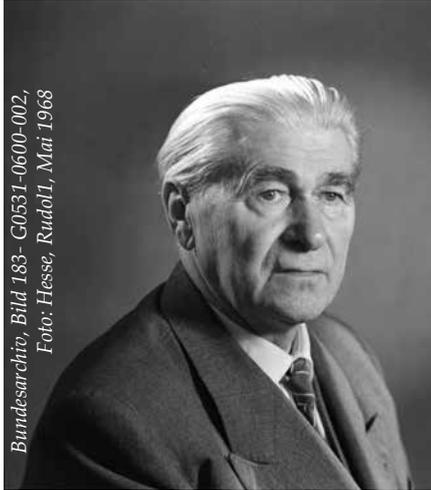
Von Renate Fausten

Wir danken der Autorin und der Redaktion CUBA LIBRE für die Nachdruckerlaubnis
info@fgbrdkuba.de
www.fgbrdkuba.de



Robert Siewert. Eine Biographie

Erweiterte Rezension



Bundesarchiv, Bild 183-G0531-0600-002,
Foto: Hesse, Rudolf, Mai 1968

Ein Bild von Robert Siewert hängt seit Jahren über meinem Schreibtisch. Deshalb freut es mich besonders, dass mit Harald Jentsch endlich ein kompetenter Autor sich dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit der Arbeiterbewegung angenommen und ihm die gebührende Anerkennung – wenn auch spät – erwiesen hat. Befragt man Leute, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung bewandert sind, nach Robert Siewert, können viele mit dem Namen wenig anfangen. Siewerts Leben ist eng verknüpft mit den Siegen und Niederlagen der revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts. Es war ein dichtes Leben, das Harald Jentsch in nicht weniger als fast 400 Seiten zu packen versucht hat. Das mag in der Fülle manche abschrecken, vor allem in Zeiten, in denen die Mühen des Lesens eher gescheut werden. Deshalb ein Tipp. Wer vor den vielen Seiten zurückschreckt, sollte sich zuerst das Kapitel 8 „Buchenwaldhäftling Nr. 5044 (1938-1945)“ vornehmen. Im Vorwort heißt es: „Das Buch ist eine literarische Verarbeitung der Erinnerungen Robert Siewerts an Buchenwald, insbesondere seiner Aktivitäten zur Rettung polnischer Kinder, die nach der Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht nach Buchenwald gebracht worden waren.“ Es ist kein Zufall, dass in der inzwischen umfangreichen Buchenwaldliteratur Siewerts Name immer wieder auftaucht. So in der Biographie des Afrodeutschen

Gert Schramm, der als Jugendlicher im Steinbruch des KZs Buchenwald keine Überlebenschance gehabt hätte. Siewert lässt ihn dort herausholen. „Diese Schonzeit nach der Schinderei im Steinbruch verdankte ich... Robert Siewert.“¹ Wie konnte der das, war er doch selbst Häftling? Jentsch erklärt das so: „Die politischen Häftlinge des Baukommandos 1 entwickelten sich im Laufe der Jahre zu einer verschworenen Gemeinschaft, die allen Drangsalierungen durch die SS zum Trotz es verstanden, vielen Kameraden neuen Mut zum Leben zu geben und vielen die Lage im Lager zu erleichtern.“ Und Robert Siewert war der Kapo dieses Baukommandos, das bis zu 1000 Häftlinge umfasste. Nach diesem Buchenwaldkapitel wird man neugierig und will mehr erfahren. In den ersten drei Kapiteln werden die Kindheits-, und Jugendjahre bis zur zwangsweisen Einziehung zum Kriegs„dienst“ im Ersten Weltkrieg geschildert. Die Kapitel vier bis sechs handeln von Siewerts politischer Tätigkeit in der Weimarer Zeit und seinem Ausschluss aus der KPD. Zwei Kapitel sind der Zeit von 1933 bis Kriegsende gewidmet. Nicht zu kurz kommt im neunten Kapitel sein Beitrag als Aktivist der demokratischen Umgestaltung in der SBZ. Das letzte Kapitel handelt von seiner Tätigkeit im Ministerium für Aufbau und seine Rolle in der antifaschistischen Erinnerungskultur. Das Buch schließt mit einem umfangreichen Personenregister. Was Harald Jentsch hier vorgelegt hat, ist nicht nur die Biographie eines Repräsentanten der Arbeiterbewegung, der bisher – auch wegen seiner Bescheidenheit – nicht im Rampenlicht stand. Es ist gleichzeitig ein Geschichtsbuch über das 20. Jahrhundert.

Maurer und Aktivist

Wir erfahren im ersten Kapitel wie er in Schwersenz, Landkreis Posen, als ältestes von sieben Geschwistern aufwächst und nach einem Arbeitsunfall des Vaters mit 12 Jahren (!) die Schule verlassen muss, um für die

Familie zu sorgen. Diese ist inzwischen nach Berlin umgezogen. Nach verschiedenen Hilfstätigkeiten beginnt er eine Maurerlehre. Er beteiligt sich bereits in dieser frühen Phase an Aktionen gegen die Lehrlingsausbeutung. Nach seiner Gesellenprüfung tritt er mit 18 Jahren in die SPD ein und kommt in Kontakt mit klassenbewussten Arbeitern wie Wilhelm Pieck (1876-1960), dem späteren Präsidenten der DDR und Heinrich Brandler (1881-1967). Beide auf Baustellen unterwegs. Er nimmt an marxistischen Kursen teil und begibt sich immer wieder auf Wanderschaft, die ihn u.a. in die Schweiz führt. Gerade mal Anfang zwanzig begegnet er in Genf Lenin. Eine weitere Wanderschaft mit Fritz Heckert (1884-1936) führt beide u.a. nach Stuttgart zu Clara Zetkin (1857-1933). Zurück in Zürich leitet er den Vertrieb von Arbeiterliteratur, beteiligt sich an Arbeitskämpfen und wird als Rädelsführer verhaftet. In Zürich begegnet er Lenin wieder, der bei ihm die neueste Literatur bestellt. 1912 nimmt er als Delegierter am Baseler Friedenskongress der Zweiten Internationale teil. Den Beginn des 1. Weltkriegs erlebt er in Bern als Sekretär des Schweizer Bauarbeiterverbandes für die Westschweiz. In Bern kommt es auch zu einer persönlichen Aussprache mit Lenin „um die Frage zu klären, welches das bessere Mittel für die schnellste Beendigung des Krieges sei: die Kriegsdienstverweigerung oder die organisierte revolutionäre Arbeit in der Armee unter den Soldaten“. Die Schweizer Behörden nehmen Siewert die Entscheidung ab, indem sie ihn 1915 verhaften und den deutschen Grenzbehörden übergeben. Nach kurzer Grundausbildung ist er an der Ostfront in Litauen und anschließend in Lettland, wo er im Rahmen einer Strafversetzung einem Zug Maschinengewehrschützen zugeteilt wird. Von Anfang an hält er Kontakt zur Spartakusgruppe in Chemnitz und erhält von dort subversive Literatur, die er an seine Kameraden weitergibt. Auch das ein Kapitel, in dem Jentsch einen tiefen Einblick in Siewerts Per-

sönlichkeit gibt. Ausführlich schildert der Autor, wie deutsche Soldaten die beiden russischen Revolutionen an der Front erleben, und welche massiven Vorkehrungen die deutschen Offiziere treffen, um eine Verbrüderung der einfachen Soldaten zu verhindern. Siewert ist immer mitten im Geschehen, geht keinem Risiko aus dem Weg und wird Mitglied eines Soldatenrats. Im Februar 1919 wird die 10. Armee aufgelöst. Als Robert Siewert nach Berlin zurückkehrt, sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bereits ermordet. Da ihn die Schweiz nicht mehr einreisen lässt, geht er zu seinen politischen Freunden nach Chemnitz. Im deutschlandweit stärksten Bezirk der KPD tritt er als Redner bei Großveranstaltungen auf. Später erinnert er sich: „Es war eine bewegte Zeit voller Sprengstoff, Arbeitslosigkeit, Teuerung und Inflation, sie führte zum Hunger breiter Massen und zu lebendigen Abwehrkämpfen.“ Im Sommer 1919 wird für Chemnitz der Belagerungszustand ausgerufen. Die Folge davon, viele Tote und Verletzte. Nach der Verhaftung von Brandler und Heckert wird Siewert Polleiter des KPD-Bezirks Erzgebirge. Ein Jahr später kann nur ein Generalstreik einen Erfolg des Kapp-Lüttwitz-Putsches verhindern. USPD-Linke wollen den Generalstreik fortsetzen, doch die Regierungsparteien lehnen ab. Im gleichen Jahr wird Siewert als einer von sechs Abgeordneten der KPD in den sächsischen Landtag gewählt. Dieses Mandat kann er bis 1929 verteidigen. 1922 nimmt er als Delegierter am IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale teil. Die deutsche Delegation bespricht sich mit Lenin. „Es ging um die Orientierung zur Einheitsfrontpolitik gegen eine linkssektiererische Strömung.“ Das Jahr 1923 geht als „Deutscher Oktober“ in die Geschichte ein. Nach offizieller Geschichtsschreibung von KPD und SED sollen im Herbst 1923 alle Bedingungen für eine Revolution in Deutschland gegeben gewesen sein und nur an der KPD-Führung um Heinrich Brandler und der verräterischen Sozialdemokratie habe es gelegen, dass sie vermasselt wurde. Harald Jentsch widerlegt diese Behauptung in seiner Dissertation² von 2005. Siewert ist ab 1926 für die Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland verantwortlich.

Von der KPD zur KPD(0)

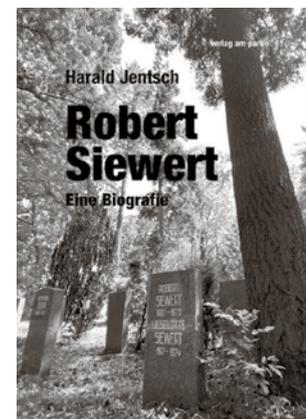
Schon bald gerät er in die innerparteilichen Fraktionskämpfe. Zentrale Kontroversen sind die Sozialfaschismusthese, die Spaltung der Gewerkschaften und überparteilichen proletarischen Massenorganisationen, die innerparteiliche Demokratie in KPD und Komintern und schließlich die kritische Solidarität mit der Sowjetunion. Infolge dieser Auseinandersetzungen werden die sog. Versöhner um Brandler und Thalheimer (1884-1948) aus der KPD ausgeschlossen. Siewert wird im Januar 1929 aus der Partei und der Fraktion ausgeschlossen und erst Jahre später im KZ Buchenwald wieder in die KPD aufgenommen. Die Ausgeschlossenen organisieren sich in der KPD-Opposition (KPDO bzw. KPO). Siewerts Sohn Robert wird als 15-jähriges Mitglied des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) ebenfalls ausgeschlossen. Nach dem Reichstagsbrand geht die Führung der KPO ins Ausland, Siewert wird Teil der Inlandsleitung. Bis zu seiner Verhaftung 1935 wechseln sich „Arbeitslosigkeit und Beschäftigung als Maurer miteinander ab“ Im Zuchthaus Luckau organisiert er unter den Mithäftlingen politische Kurse zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Nach Verbüßung der Haft wird er auf Anordnung von Reinhard Heydrich ins Konzentrationslager Buchenwald überstellt. Dort trifft er auf viele Mitgefangene, die er von der gemeinsamen politischen Tätigkeit kennt. Es gelingt ihnen, eine illegale, bewaffnete Organisation im Lager aufzubauen und Einfluss zu gewinnen. Jentsch schildert im Kapitel 8, wie sie es geschafft haben, korrupte Kapos auszubooten und die Stellen mit den eigenen Leuten zu besetzen. Nach einer Gedenkfeier für den ermordeten Ernst Thälmann, bei der Siewert die Gedenkrede gehalten hat, werden sie verraten und von der Gestapo brutal verhört. Diese Torturen überlebt Siewert nur knapp.

Neue Aufgaben in SBZ und DDR

Trotz seiner geschwächten Gesundheit und bereits 57 Jahre alt, beteiligt er sich an der demokratischen Umgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone als 1. Vizepräsident und Innenminister von Sachsen-Anhalt. Als Innenminister ist er auch für die

Entnazifizierung, die Schaffung eines neuen Staats- und Verwaltungsapparats und die Bodenreform zuständig. Für alle Leserinnen und Leser von Harald Jentsch Biographie, die den Umgang der SED mit ehemaligen sog. Abweichlern genauer verfolgt haben, wird das Unterkapitel „Kontakt und Beziehungen zu den Genossen der KPD(O)“ von besonderem Interesse sein. Im Unterschied zu Theodor Bergmann (1916-2017) und anderen, die davon ausgingen, dass Siewert 1950 „abgesetzt“ wurde, stellt Jentsch die Frage: „War die Abberufung eine Degradierung?“ Er lässt es offen, da er es nicht „abschließend positiv beantworten“ könne. Denn „Siewert wurde keineswegs auf einen einflusslosen Nebenposten abgeschoben“. Mit deutlichen Worten verurteilt er aber generell den schändlichen Umgang mit verdienten Genossen, nur weil sie nicht bedingungslos der jeweiligen Generallinie folgten. Robert Siewert lässt sich auf die geforderte „Selbstkritik“ ein, muss sogar noch einmal nachlegen und bekommt eine Beurteilung, die den Autor an eine „Schülerbeurteilung“ erinnert. So mit einem Genossen umzugehen, der zehn Jahre Haft in Zuchthaus und Konzentrationslager nur knapp überlebt hat, ist an Schäßigkeit kaum zu überbieten. Zwar rehabilitiert man ihn im Zuge der Entstalinisierung; er wird auch wenige Monate vor seinem Tod als Held der Arbeit ausgezeichnet und mit weiteren Ehrungen bedacht, aber so ganz traut man ihm bis zuletzt nicht. Robert Siewert erliegt mit 86 Jahren am 2. November 1973 einem Schlaganfall. Wenigstens muss er das unrühmliche Ende seines Staates, für den er so viel gegeben hat, nicht mehr erleben.

h.e.



Harald Jentsch: Robert Siewert. Eine Biographie. Verlag am Park in der Edition Ost, 396 S., br., 25 €

Gerd Callesen (1940–2023)



Gerd Callesen war ein ebenso hingebungsvoller Historiker wie er Sozialist war, beides gehörte für ihn geradezu existenziell zusammen. Man könnte ihn mit Gramsci als einen organischen Intellektuellen betrachten, der im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie verschiedene Sphären vermittelt. Vielleicht hätte er die Zuschreibung als Intellektueller nicht gern gehört, denn seine Ehefrau Lena Fluger erinnerte sich: „Gerd war ja mit der Arbeiterbewegung verknüpft, nicht mit den Intellektuellen. [...] Wir haben immer gemeint, dass die Intellektuellen ja abspringen können, die haben immer eine andere Möglichkeit gehabt, die können alles werden. So ist es gekommen. Selbstverständlich. Die Arbeiterklasse kann nicht aufhören, Arbeiterklasse zu sein. Diejenigen, die das können, tun das natürlich, die gehen auch weg.“¹ Nicht so der Forschungsbibliothekar und Leiter der Bibliotheksabteilung am Archiv der Arbeiterbewegung (ABA) in Kopenhagen, der dort in seinen Jahren von 1970 bis 2002 tiefe Spuren hinterlassen hat.² Und das nicht nur, weil er der Bibliothek seine Privatsammlungen von Zeitschriften wie Konkret oder Neue Kritik einverleibte und damit deutsche Periodika zur Verfügung stellte, die in Dänemark nicht leicht zu erhalten waren. Gerd Callesen kam aus Aabenraa (Apenrade), einem deutschnationalen und sozialkonservativen Elternhaus in der deutschen Minderheit Dänemarks und hat sich aus eigener

Kraft seinen Weg hin zu sozialistischen und internationalistischen Überzeugungen gebahnt. Während seines 1961 begonnenen Geschichtsstudiums in Marburg, Tübingen und Kiel gehörte er dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) an – ein Studienjahr verbrachte er in Kopenhagen, wo er als studentische Hilfskraft am Archiv der dänischen Sozialdemokratie tätig war. Callesen promovierte 1970 an der Kieler Universität mit einer Arbeit zur Haltung der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie zur Schleswig-Frage zwischen 1912 und 1924 – eine Studie, die er als „Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus“ verstanden wissen wollte.³ Marxismus und Internationalismus waren aus seiner Sicht die Grundpfeiler der Geschichte der Arbeiterbewegung und sie definierten auch die Weite seines eigenen Horizonts. Gerd Callesen war aktiv in der International Association of Labour History Institutions seit ihrer Gründung 1970 und bei den blockübergreifenden Internationalen Tagungen der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz.

Seine Vermittlerrolle zwischen Deutschland auf der einen – BRD und DDR gleichermaßen – und Dänemark auf der anderen Seite beruhte nicht auf nationalen oder ethnischen, sondern auf selbstgewählten politischen und fachlichen Bestimmungsfaktoren. Zunächst bezog sie sich auf die dänische und westdeutsche Linke, und sie begann nicht erst in Kopenhagen, sondern bereits in Kiel, wo dieser entgegenkommende und sanfte Mensch Anfang 1965 Vorsitzender des SDS an der Universität wurde. Dort pflegte der Verband schon seit einiger Zeit Kontakte mit

skandinavischen, insbesondere dänischen sozialistischen Studentenverbänden – ein für Callesen, der über intime Kenntnisse der linken Szenen in beiden Ländern verfügte, ideales Betätigungsfeld. Er initiierte gemeinsame Seminare von SDS und dänischen Organisationen auf beiden Seiten der Grenze, vermittelte Texte dänischer Autoren in der deutschen linken Presse, darunter mehrfach die Zeitschrift Arbeiterpolitik, aber auch umgekehrt Texte deutscher Autorinnen in Skandinavien.⁴

Callesens Mitstreiterin beim Transfer sozialistischer Ideen und Initiativen zwischen der Bundesrepublik und Skandinavien war seit den mittleren 1960er bis in die frühen 1970er Jahre hinein Ursula Schmiederer, die als Politologin aus der Schule Wolfgang Abendroths – ab 1975 Professorin für Internationale Politik in Osnabrück – die Aufgabe der Wissenschaft darin sah, nicht nur zu analysieren, sondern auch einzugreifen.⁵ In ihrer 1969 erschienenen Dissertation untersuchte Schmiederer Aufstieg und Krise der 1959 gegründeten Socialistisk Folkeparti, der es als einer der ersten Parteien der neuen Linken in Europa schwerfiel, sich vom Ballast der KP, aus der sie entstanden war, zu befreien. Beide nahmen etwa zeitgleich die Arbeit an ihren Dissertationen auf, beide arbeiteten zur dänischen Linken – Callesen aus historischer, Schmiederer aus politologischer Perspektive –, beide waren Marxisten, die die Aufgabe der Intelligenz in der Unterstützung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen sahen. Hingegen teilten sie nicht die Politik der „Antiautoritären“ im SDS, die die Arbeiterklasse für verbürgerlicht hielten und auf die Intelligenz und die Jugend setzten. 1974 erschien Schmiederers Dissertation, übersetzt

1 Interview mit Gerd Callesen und Lena Fluger, Wien, 11.12.2021, Archiv d. Verf.

2 Vgl. den Nekrolog von Jesper Jørgensen im Social History Portal (12.12.2023).

3 Gerd Callesen, *Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912-1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus*, Apenrade 1970.

4 So z.B. [Kjeld Schmidt], *Die Krise der dänischen Gewerkschaftsbewegung*, in: *Arbeiterpolitik*, Nr. 3, 20.6.1969, S. 10-13.

5 Vgl. Detlef Siegfried, *Alternative Dänemark. Kosmopolitismus im westdeutschen Alternativmilieu 1965-1985*, Göttingen 2023, S. 75-120.

von Lena und Lilian Flugler, als Band 1 der Schriftenreihe der dänischen Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung.⁶ Nach ihrem frühen Tod 1989 brachte Callesen ihren Nachlass ans ABA.

Als sich im SDS die „Antiautoritären“ durchgesetzt hatten, suchten „Traditionalisten“ wie er, die nach wie vor die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt betrachteten und auch am Bündnis mit den Gewerkschaften festhielten, nach neuen, nichtstalinistischen Organisationsformen. Callesen fand sie in der Gruppe Arbeiterpolitik, die sich auf die Tradition der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO) der Weimarer Republik berief. 1968 kamen Arpo-Leute, darunter ihr Vorkämpfer Josef Bergmann, aus Hamburg nach Kiel, so erinnerte er sich später, die fand er „irgendwie bewundernswert“, denn sie „wollten revolutionieren und wollten auch Taten“.⁷ Dieser Gruppe fühlte sich er sich zugehörig und sorgte später dafür, dass der an seinem Kopenhagener Archiv gesicherte KPO-Bestand an die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg kam, wo er verzeichnet und der Forschung zugänglich gemacht wurde.

Der internationalistische Hintergrund der Familie Callesen-Flugler brachte sie nach dem Ende der Kopenhagener Erwerbstätigkeit nach Wien, dem Geburtsort des Vaters von Lena Flugler, der als Sozialist nach den Februarkämpfen 1934 nach Dänemark

gegangen war. Gerd Callesens Mutter kam ebenfalls aus Österreich, aus der Untersteiermark, dem heutigen Slowenien. Lena Flugler, im Hauptberuf Englisch-Lektorin an der früheren Kopenhagener Handelshochschule, arbeitete freiberuflich als Dolmetscherin bei der Europäischen Union, nach der Pensionierung wohnte das Ehepaar zeitweise in Brüssel, seit 2014 in Wien, wo die Tochter Louise lebt und Callesen sich ehrenamtlich am Archiv zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung betätigte. Vom Handwerk konnte er einfach nicht lassen.

Gerd Callesen hat nach der Dissertation einige kleinere Monografien – darunter Biografien über Persönlichkeiten der dänischen und österreichischen Arbeiterbewegung – und zahlreiche Aufsätze verfasst, Sammelbände herausgegeben und sich als eifriger Rezensent und Berichterstatter um die fachliche Kommunikation unter den Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung verdient gemacht.⁸ Unzählige Lexikon- und Zeitungsartikel aus seiner Feder brachten die Geschichte dieser Bewegung

einer größeren Öffentlichkeit nahe. Als wesentliche Triebkraft der 1970 gegründeten dänischen Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung gab er die Sammelbände zu ihrem zehnten und zwanzigjährigen Jubiläum heraus und begründete die Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständigen Zweig der Geschichtsforschung.⁹ Callesens anhaltendes Interesse am Marxismus stellt seine langjährige Mitarbeit an der MEGA2 unter Beweis, der 1990 vom Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte initiierten Fortführung der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe – ein wahrhaft internationales Langzeitprojekt, betrieben von Fachleuten aus zahlreichen Ländern.¹⁰ Das war ein Umfeld, in dem er sich als Beiträger und Herausgeber wohlfühlte.

Am 9. November 2023 ist Gerd Callesen in Wien verstorben.

Dr. Detlef Siegfried, Kopenhagen

Dieser Nachruf erschien zuvor in der
Arbeiterpolitik
arbeiterpolitik.de

6 Ursula Schmiederer, *SF og den „tredie vej“ til socialisme*, Kopenhagen 1974.

7 Interview mit Gerd Callesen und Lena Flugler, Wien, 11.12.2021, Archiv d. Verf.

8 Darunter Gerd Callesen, *Den sidste landsfader?*, Kopenhagen 1994; Gerd Callesen, *Socialist Internationals: A Bibliography of Publications of the Social-Democratic and Socialist Internationals, 1914-2000*, Bonn/Gent 2001.

9 Gerd Callesen, *Arbejderbevægelsens historie som selvstændig forskningssgren*, in: Gerd Callesen/Anne-Lise Walsted/Niels Ole Højstrup Jensen (Hrsg.), *Fremad – ad nye veje. Bidrag til diskussionen om arbejderhistorien i 1990'erne*, Kopenhagen 1990, S. 37-52.

10 Gerd Callesen, *MEGA2. Stand und Perspektiven der Arbeiten an der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 4 (2010), S. 165-171 (12.12.2023).

Anzeigen



ROTE HILFE E.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist die parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.

Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE



info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de

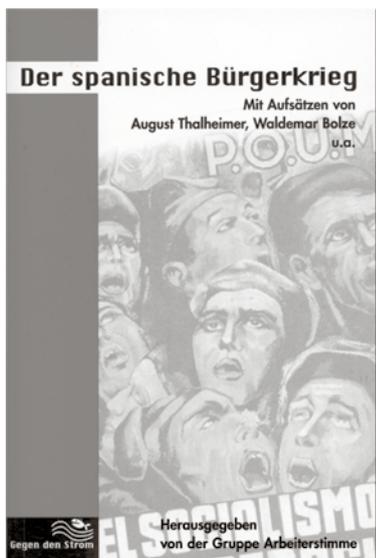
1924 – 2024
100 Jahre Rote Hilfe – 100 Jahre Solidarität

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradiakalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer),	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
 ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
redaktion@arbeiterstimme.org